

IM GESPRÄCH

Interviews mit Jürgen Gehb, Olaf Scholz, Claudia Roth, Jörg van Essen und Lothar Bisky

SEITE 8-16

FAKTEN ZUR WAHL

Antworten der Parteien auf die LSVD-Wahlprüfsteine

SEITE 9-17

RUMÄNIEN

Land aller Möglichkeiten?

SEITE 18

LIEBE = SÜNDE?

Aktionen zum Weltjugendtag

SEITE 20

RENT A GAY?

Kolumne von Carolina Brauckmann

SEITE 26



Mach die Wahl zum CSD!

Lesben- und Schwulenpolitik nach der Bundestagswahl:
Politiker-Interviews, Wahlprüfsteine und Partei-Statements

Politik

- 06 Mach die Wahl zum CSD!**
Lesben und Schwule vor der Wahl
- 07 Wahlprüfsteine des LSVD**
Bürgerrechte für
Lesben und Schwule
- 08 „Schrittweise vorgehen“**
Interview mit Olaf Scholz (SPD)
Antworten der SPD zur Wahl
- 10 Homo-Ehe bleibt?**
Interview mit Jürgen Gehb (CDU)
Antworten der Union zur Wahl
- 12 „Erste Etappe geschafft“**
Interview mit Claudia Roth (Grüne)
Antworten der Grünen zur Wahl
- 14 Bevölkerung weit genug**
Interview mit Jörg van Essen (FDP)
Antworten der FDP zur Wahl
- 16 Gegen Ehe-Privilegien**
Interview mit Lothar Bisky (PDS)
Antworten der Linkspartei

Seite 6



Mach die Wahl zum CSD!
Lesben und Schwule
vor der Qual der Wahl

Politik

- 18 Land aller Möglichkeiten?**
Bericht vom CSD in Bukarest
- 19 Dancehall & Schwulenhass**
Schwule auf Jamaika in Todesangst
- 20 Liebe = Sünde?**
LSVD fresh beim Weltjugendtag
- 20 Jugend-Offensive 2006**
Bei Tagung im November sollen
Perspektiven entwickelt werden

Landesverbände

- 13 Familie heute**
CSD, ILSE und Pflegefamilien
in Baden-Württemberg
- 23 Geschichte doppelt**
Tagung in Magdeburg über
Lesben und Schwule in der DDR
- 23 „Flammende Herzen“**
Der LSVD Niedersachsen-Bremen

Seite 18



Land aller Möglichkeiten?
Bericht vom ersten „Marsch
der Vielfalt“ durch Bukarest

Projekte

- 24 „Ich finds cool!“**
Chat für Kinder aus
Regenbogenfamilien
- 24 Ein Leben im Zwiespalt**
Griechen gründen
ERMIS Stuttgart neu

Rubriken

- 02 Impressum**
- 03 Editorial**
- 04 News**
- 21 Pressespiegel**
- 22 Landesverbände**
- 24 Projekte**
- 25 Adressen**
- 26 Klischees**

Seiten 20



Liebe = Sünde?
Plakatkampagne von LSVD fresh
zum katholischen Weltjugendtag

impressum!

Respekt • Zeitschrift für Lesben- und Schwulenpolitik.

ehemals Rundgespräch. Herausgegeben vom Lesben und Schwulenverband in Deutschland (LSVD) e.V.

Chefredakteur: Alexander Zinn (V.i.S.d.P.) • **Mitarbeiter dieser Ausgabe:** Günter Dworek, Eduard Stapel, Antje Ferchau, Klaus Jetz, Elke Jansen, Carolina Brauckmann, Josef Sallanz, Benjamin Rottmann, Arnulf Sensenbrenner, Martin Pfarr, Mike Leibner, Harald Immer, Max Wagner • **Grafik & Layout:** Tom Benzing • **Titeloto:** Alexander Zinn • **Druck:** Solo Druck, Köln.

Redaktionsanschrift: LSVD-Pressestelle, Willmannsdamm 10, 10827 Berlin • **Fon:** (030) 789 54 778, **Fax:** (030) 789 54 779 • **Mail:** presse@lsvd.de, **Internet:** www.lsvd.de • **ISSN** 1431-701X.
Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 1. Februar 2005. Für unverlangt eingesandtes Bild- und Tonmaterial wird keine Haftung übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge, Anzeigen und Werbebeilagen geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.



Theorie und Praxis



Alexander Zinn
Pressesprecher des LSVD

Deutschland vor der Wahl: Insbesondere bei Lesben und Schwulen ist die Verunsicherung groß, wie es künftig weitergeht. Droht uns ein Rollback in der Lesben- und Schwulenpolitik, wenn Angela Merkel tatsächlich die nächste Bundeskanzlerin wird? Ein Rückfall in die 50er Jahre, wie manch einer befürchtet? Oder haben sich CDU und CSU homopolitisch inzwischen so weit bewegt, dass es unter einer konservativen Regierung sogar zu kleinen Fortschritten kommen könnte? Zum Beispiel zu steuerlichen Verbesserungen für Lebenspartner, wie andere glauben?

Die aktuelle Respekt versucht Antworten zu geben. Um die Parteien auf ihr lesben- und schwulenpolitisches Profil abzuklopfen, hat der LSVD neun Wahlprüfsteine verschickt. Die Antworten sind auf unseren Sonderseiten zur Wahl dokumentiert (ab Seite 6). Weil Theorie und Praxis auch in der Lesben- und Schwulenpolitik oft auseinanderklaffen, haben wir darüber hinaus führende Politiker zu den realpolitischen Perspektiven der Parteiprogramme befragt.

Vom CDU-Rechtsexperten Jürgen Gehb sind da zum Beispiel bemerkenswerte Töne zu hören: „Für mich ist lesbisch oder schwul sein einfach Normalität in unserer heutigen Zeit. Ich empfinde es als gut und richtig, wenn dies auch in der Schule seinen Niederschlag finden würde.“ (Seite 11) Zur Politik seiner Parteifreunde in Nordrhein-Westfalen will das allerdings gar nicht passen: Kaum im Amt, hatte die neue Schulministerin Barbara Sommer (CDU) dort nichts besseres zu tun, als die Verteilung einer Aufklärungsbroschüre über Homosexualität zu stoppen. Die Broschüre für Lehrer sollte helfen, im Unterricht für mehr Toleranz zu werben. Das Schulministerium sah darin jedoch Werbung für Homosexualität und ließ auch gleich noch die zugehörige Internetseite sperren (Seite 5).

Auch Politiker der anderen Parteien haben wir zur Rede gestellt. Den ehemaligen SPD-Generalsekretär Olaf Scholz befragten wir, warum die Sozialdemokraten bei vielen schwul-lesbischen Reformprojekten so zögerlich vorgehen (Seite 8). Von Grünen-Chefin Claudia Roth wollten wir unter anderem wissen, was die Grünen gegen homosexuellenfeindliche Vorurteile unter Einwanderern unternehmen (Seite 12). Im Interview mit Jörg van Essen, dem Parlamentarischen Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion, versuchten wir zur klären, was von den liberalen Forderungen nach Gleichstellung in einer Koalition mit CDU und CSU übrig bliebe (Seite 14). Und Lothar Bisky, Chef der Linkspartei.PDS, befragten wir zu den Differenzen zwischen Theorie und Praxis der sozialistischen Gleichstellungspolitik (Seite 16).

Der LSVD gibt keine Wahlempfehlung zugunsten einer bestimmten Partei. Wir raten aber dazu, nur solchen Parteien die Stimme zu geben, die sich für die volle rechtliche und gesellschaftliche Gleichstellung von Lesben und Schwulen einsetzen. Bilden Sie sich Ihre eigene Meinung! Lesen Sie die Antworten auf die LSVD-Wahlprüfsteine. Und kommen Sie auf eine der LSVD-Podiumsdiskussionen zur Wahl: am 2. September in Köln oder am 8. September in Berlin (Seite 5).

Alexander Zinn

Mahnwache für Antidiskriminierungsgesetz

Anlässlich der Beratung des Antidiskriminierungsgesetzes am 7. Juli im Bundesrat hat sich der Lesben- und Schwulverband an einer Protestaktion beteiligt: Vor der entscheidenden Abstimmung versammelten sich etwa zwei Dutzend Demonstranten vor dem Bundesratsgebäude in Berlin. Mit der von Behindertenverbänden initiierten Mahnwache wurden die unionsgeführten Landesregierungen dazu aufgefordert, das Gesetz nicht zu blockieren.

Die Absage des Bundesrates an eine wirksame Antidiskriminierungspolitik konnte damit aber nicht verhindert werden. Der Bundesrat rief den Vermittlungsausschuss an. Damit haben die unionsregierten Bundesländer dem Antidiskriminierungsgesetz den Todesstoß versetzt. Nach der Bundestagswahl am 18. September muss das Gesetzgebungsverfahren nun völlig neu aufgerollt werden.

Deutschland hätte mit dem Antidiskriminierungsgesetz Anschluss an die rechtspolitische Entwicklung in vielen Nachbarländern gefunden. Die jetzige Entscheidung bedeutet, dass Lesben, Schwule, Behinderte und andere Minderheiten weiterhin sanktionslos diskriminiert werden dürfen. Deutschland drohen deswegen Strafzahlungen an Brüssel, denn die Antidiskriminierungsrichtlinien der Europäischen Union hätten von der Bundesrepublik bereits vor Jahren umgesetzt werden müssen.

LSVD-Sprecher Philipp Braun forderte CDU, CSU und FDP auf, ihre ideologische Verweigerungspolitik zu beenden. Bürgerrechte wie der Diskriminierungsschutz für Minderheiten seien nicht verhandelbar. Braun wörtlich: „Es gibt kein Recht auf Diskriminierung!“

Braun wies auch die Kritik von Unternehmerverbänden, das Gesetz führe zu „Rechtsunsicherheit und Bürokratie und greife gravierend in die Privatautonomie ein“, zurück. Statt auf einem Recht auf Diskriminierung zu bestehen, sollte Vielfalt als Chance für Unternehmenskultur und Wettbewerbsfähigkeit begriffen werden, so Braun. Zahlreiche Unternehmen, die bewusst auf „Diversity-Konzepte“ setzen, hätten dies längst erkannt.



Mahnwache für das Antidiskriminierungsgesetz.

Foto: Alexander Zinn

CSD Stuttgart: Bischof gegen CDU-Minister

Baden-Württembergs Sozialminister Andreas Renner (CDU) eröffnete am 22. Juli 2005 die große Gala zur diesjährigen CSD-Woche in Stuttgart, die unter dem Motto „Familie heute“ stand. Mit Sozialminister Renner hat erstmalig ein Mitglied der baden-württembergischen Landesregierung die Schirmherrschaft für einen CSD im Land übernommen.

Innerhalb der CDU war diese Schirmherrschaft stark umstritten und führte zu zahlreichen Protesten. Die oft heftigen und teilweise sehr emotionalen Reaktionen führten dazu, dass sich die CDU über Wochen mit Homosexualität auseinandersetzte und das Thema auch den letzten Ortsverband erreichte. Zu den Kritikern gehörte auch der Stuttgarter Bischof Gebhard Fürst, der das Motto des Christopher-Street-Days scharf angriff. Fürst erklärte, „homosexuelle Interessengruppen“ beförderten eine „schleichende Auflösung des Leitbildes von Ehe und Familie“. Der LSVD wies Fürsts Kritik entschieden zurück. „Fürsts Angriff auf das CSD-Motto ist beleidigend für alle lesbischen Mütter und schwulen Väter“, erklärte LSVD-Sprecher Manfred Bruns.

Tagung zur Geschlechterdemokratie

Der Deutsche Frauenrat lädt vom 16. bis 18. September zu einer Tagung über Fortschritte und Blockaden auf dem Weg zur Geschlechterdemokratie nach Berlin. Themen sind u.a. die Globalisierung, Biotechnologien und religiös, ethnisch oder national begründete Fundamentalismen. Weitere Informationen gibt es auf der Internetseite des Frauenrates: www.frauenrat.de.

Vorträge über Regenbogenfamilien

Was wissen wir heute über schwul-lesbische Elternschaft und die Kinder, die in Regenbogenfamilien aufwachsen? Dieser Frage geht Dr. Elke Jansen (Köln), Leiterin des LSVD-Projektes „Regenbogenfamilien“ in einem Vortrag nach, den sie am 14. September in Magdeburg hält. Jansen beleuchtet Ergebnisse psychosozialer Studien zu Regenbogenfamilien vor dem Hintergrund der aktuellen Rechtslage in Deutschland. Hier geht es um Mythen und Vorurteile über schwul-lesbische Elternschaft und die Erkenntnisse der psychosozialen Forschung der vergangenen 30 Jahre. Die Veranstaltung steht unter dem Titel: „Die Lebenswirklichkeit lesbischer Mütter, schwuler Väter und ihrer Kinder im Spiegel psychosozialer Forschung“. Sie beginnt um 20 Uhr im InfoLaden des LSVD Sachsen-Anhalt, Walther-Rathenau-Str. 31, 39106 Magdeburg.

Der Vortrag „Eltern werden ist nicht schwer – Wege schwul-lesbischer Familienplanung“ widmet sich demgegenüber der Frage, wie lesbische Frauen und schwule Männer heute nach ihrem Coming out ihren Elternwunsch verwirklichen können. Hier werden Möglichkeiten und Bedingungen der Adoption und Pflegschaft sowie heterologer Insemination und so genannter „Queerfamilies“ beleuchtet und vor dem Hintergrund der aktuellen Rechtslage in Deutschland diskutiert.

Diesen Vortrag wird Dr. Elke Jansen auf einer Vortragstour gleich in mehreren Städten halten. In Frankfurt am Main am Freitag, dem 2. September 2005, in Halle am Donnerstag, dem 15. September 2005, in Leipzig am Freitag, dem 14. Oktober 2005 und in Osnabrück am Donnerstag, dem 24. November 2005. Weitere Informationen zu Zeitpunkt und Ort finden sich im Internet unter: www.family.lsvd.de.

Abschiebung von Asylbewerber verhindert

Der Protest des Lesben- und Schwulenverbandes und vieler Einzelpersonen hatte Erfolg: Ende Juli konnte die Abschiebung des iranischen Asylbewerbers Andre Aragoli verhindert werden. Aragoli war kurz vor seiner Hochzeit auf einem Frankfurter Standesamt verhaftet und in Abschiebehäft genommen worden. In seiner Heimat droht ihm wegen seiner Homosexualität die Todesstrafe. Sein Asylantrag war im Oktober 2004 mit der Begründung abgewiesen worden, Aragoli müsse sich im Iran ja nicht homosexuell betätigen.

Der LSVD Landesverband Hessen und der Bundesverband hatten daraufhin bei Behörden und Politikern protestiert. Beim Frankfurter Christopher Street Day wurde auch Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) auf den Fall angesprochen. Aufgrund der Proteste wurde Aragoli schließlich aus der Abschiebehäft entlassen. Wenige Tage später konnte er seinen Freund in Frankfurt heiraten.

Plakate beschädigt – und neu geklebt

Die Kampagne des Lesben- und Schwulenverbandes Berlin-Brandenburg „Cigdem ist lesbisch – Vera auch“ sorgt für Wirbel: einige der Großplakataflächen wurden bereits kurz nach dem Start der Kampagne Mitte Juni beschädigt. So auch diese Fläche an der Karl-Marx-Straße 50 in Berlin-Neukölln. Der LSVD nahm die Bekundung der Intoleranz zum Anlass, die Fläche gemeinsam mit Neuköllns Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky (SPD) neu zu bekleben.

„Wir können Intoleranz und Diskriminierung gegenüber Lesben und Schwulen nicht dulden“, erklärte Buschkowsky dazu. „Einen Tag vor dem Christopher Street Day setzen wir mit dieser spontanen Aktion ein Zeichen für Respekt und Gleichberechtigung. Alle Bürger sind aufgefordert, Homosexuellenfeindlichkeit entschlossen entgegenzutreten.“

Hintergrund der Kampagne sind verbreitete Vorurteile, Hass und Gewalt gegenüber Lesben und Schwulen. Besonders in einigen Migrationscommunities gibt es noch große Toleranzprobleme. Hier setzt die Kampagne an, um für Respekt und Anerkennung zu werben.

Skandal um „Rosa Listen“

Nachdem bekannt wurde, dass die Polizei Homosexuelle in Bayern, Thüringen und Nordrhein-Westfalen in so genannten „Rosa Listen“ speichert, hat der Lesben- und Schwulenverband die Innenminister der betroffenen Länder in einem Schreiben aufgefordert, die beschriebene Praxis sofort zu unterbinden. Die Datenschutzbeauftragten aller Länder wurden aufgefordert, die jeweilige Polizeipraxis und die verwendeten Computerprogramme im Hinblick auf den bekannt gewordenen Skandal zu überprüfen. LSVD-Sprecher Manfred Bruns erklärte, es sei „unfassbar, dass derartiges im Jahr 2005 in Deutschland noch möglich ist“. Die „Rosa Listen“ erinnerten an die dunklen Kapitel der deutschen Geschichte, als Homosexuelle staatlich geächtet und verfolgt wurden.

In den Computersystemen „IGVP“ und „PVP“ kann die Polizei in Bayern, Thüringen und Nordrhein-Westfalen ihre Ermittlungsergebnisse und die beteiligten Personen der Kategorie „homosexuell“ zuordnen. Mit dem Kürzel *omosex* ist es den Ermittlern möglich, sämtliche entsprechenden Datensätze abzurufen, einschließlich der Personalien der gespeicherten Personen. Bei der beschriebenen Praxis geht es nicht etwa um die Aufklärung von homosexuellenfeindlichen Gewalt- und Straftaten. Vielmehr werden Personen aufgrund von dubiosen Kriterien wie dem „Aufenthaltort von Homosexuellen“ gespeichert.

Podiumsdiskussionen zur Bundestagswahl

Anlässlich der Bundestagswahl lädt der LSVD zu zwei Podiumsdiskussionen mit Parteienvertretern ein. Thema sind die Perspektiven der Lesben- und Schwulenpolitik. In Köln findet die Podiumsdiskussion am Freitag dem 2. September um 20 Uhr statt. Eingeladen wurden Dr. Lale Akgün (SPD), Ursula Heinen (CDU), Volker Beck (Bü 90/Die Grünen), Michael Kauch (FDP) und ein Vertreter/eine Vertreterin der Linkspartei.PDS. Die Veranstaltung findet im Großen Saal der Ev. Antoniterkirche in der Antoniterstr. 14-16 statt.

In Berlin findet die Podiumsdiskussion am Donnerstag dem 8. September um 19 Uhr statt. Eingeladen wurden Wolfgang Thierse (SPD), Prof. Monika Grütters (CDU), Markus Löning (FDP), Wolfgang Wieland (Bü 90/Die Grünen) und Petra Pau (Linkspartei.PDS). Veranstaltungsort ist das Rathaus Schöneberg, Saal 195, John-F.-Kennedy-Platz.



Neuköllns Bürgermeister beim Plakate-Kleben.

Foto: Alexander Zinn

CDU verbietet Handbuch zu Homosexualität

Kaum im Amt, zog die neue Düsseldorfer Schulministerin Barbara Sommer (CDU) Ende Juli ein Handbuch zum Thema Homosexualität aus dem Verkehr. Das Buch soll Lehrerinnen und Lehrer im Umgang mit dem Thema Homosexualität unterstützen und für Toleranz werben. Es war mit EU-Fördermitteln und in Kooperation mit mehreren anderen EU-Ländern entwickelt worden. Ministeriumssprecher Oliver Mohr erklärte, die Broschüre sei nicht tragbar: „Wir wollen nicht für homosexuelle Lebensformen werben“, so Mohr.

Der LSVD Nordrhein-Westfalen protestierte umgehend gegen die Zensur der neuen Ministerin. In einem Schreiben wurde Sommer aufgefordert, ihre Entscheidung zurückzunehmen. „Die Akzeptanz sexueller Lebensweisen in unserer Gesellschaft steht und fällt mit der Aufklärung in der Schule“, erklärte LSVD-Sprecher Arnulf Sensenbrenner. Noch immer sei „schwule Sau“ eines der häufigsten Schimpfworte auf Schulhöfen.

Das Schulministerium zeigte sich unbeeindruckt von der Kritik. Im Gegenteil: wenige Tage später wurde auch die Internetseite, auf der die mehrsprachige Broschüre bis dahin dokumentiert war, abgeschaltet. Proteste der europäischen Partnerländer änderten daran nichts. Der LSVD hat die Broschüre aber rechtzeitig gesichert: Unter www.lsvd.de kann sie heruntergeladen werden.

Ein paar Millionen Stimmen

Lesben und Schwule vor der Wahl

VON ALEXANDER ZINN



CSD Berlin 2005: der LSVD appelliert an schwule und lesbische Wähler, sich für die Gleichstellung stark zu machen.

Foto: Alexander Zinn

Ein paar Millionen Stimmen bringen Lesben und Schwule bei der Wahl am 18. September auf die Waage – ein Stimmanteil, der entscheidend sein kann für die künftigen Mehrheitsverhältnisse im Bundestag. Doch wen wählen, damit es voran geht in der Lesben- und Schwulenpolitik? Viele lesbische Wählerinnen und schwule Wähler sind noch unentschieden.

Als Entscheidungshilfe hat der LSVD den

Parteien neun Wahlprüfsteine vorgelegt. Darüber hinaus haben wir Politiker aller im Bundestag vertretenen Parteien zu ihrer künftigen Lesben- und Schwulenpolitik befragt. Die Interviews und die Antworten auf die Wahlprüfsteine sind auf den folgenden Seiten dokumentiert. Der volle Wortlaut ist im Internet abrufbar unter: www.lsvd.de.

Insgesamt fielen die Antworten der Parteien erfreulich aus. Außer den Unionsparteien streben

im Prinzip alle eine rechtliche Gleichstellung von Lesben und Schwulen an. Der Teufel steckt aber wie immer im Detail. Bei einzelnen Fragen zeigen sich deutliche Unterschiede. Und auch über den Weg zur Gleichstellung herrscht keine Einigkeit. Während die SPD „Schritt für Schritt“ vorgehen will, wollen Grüne, FDP und Linkspartei mehr Tempo machen.

Dies betrifft vor allem die Lebenspartner-

Wahlprüfsteine des LSVD

Bürgerrechte für Lesben und Schwule

schaft: Grüne, FDP und Linkspartei wollen hier die volle Gleichberechtigung auch im Steuerrecht. Die SPD will diesen Punkt noch „prüfen“. Die CDU winkt dagegen ab, weil der „verfassungsrechtliche Spielraum für eine Gleichstellung mit der Ehe bereits ausgefüllt“ sei. Eine erstaunliche Interpretation, hatte das Bundesverfassungsgericht demgegenüber doch 2001 festgestellt, dass die Lebenspartnerschaft mit den gleichen Rechten wie die Ehe ausgestattet werden dürfe.

Deutliche Unterschiede zeigen sich auch beim Antidiskriminierungsgesetz: Während SPD, Grüne und Linkspartei Lesben und Schwule auch im Zivilrecht schützen wollen, lehnen dies Union und FDP unter Verweis auf die „Vertragsfreiheit“ ab.

Bei der Anerkennung von Regenbogenfamilien zeigen sich ebenfalls klare Differenzen: Grüne, FDP und Linkspartei befürworten ein gemeinsames Adoptionsrecht für schwule und lesbische Paare, während die SPD hier zunächst die weitere gesellschaftliche Entwicklung abwarten will. Beim Recht auf künstliche Befruchtung sind die Unterschiede noch deutlicher: Während Grüne und Linkspartei auch hier Ja sagen, will die FDP erstmal „prüfen“. Die SPD äußert sich zu diesem Punkt gar nicht.

CDU und CSU lehnen jede rechtliche Verbesserung für Regenbogenfamilien unter Verweis auf ein „von der Natur vorgegebenes Grundprinzip, dass jedes Kind eine Mutter und einen Vater hat“, ab. Unklar bleibt, ob die Union die von Rot-Grün eingeführte Stiefkindadoption, gegen die Bayern erneut vor dem Verfassungsgericht klagt, wieder abschaffen will.

Der CDU-Rechtsexperte Jürgen Gehb versichert im Respekt-Interview zwar, dass man „am bestehenden Lebenspartnerschaftsgesetz nicht rütteln“ wolle. Auch wünscht er sich ein „ausgewogenes Verhältnis“ von Rechten und Pflichten. Ob das Verbesserungen im Steuerrecht einschließt, bleibt aber ebenso unklar wie die Frage, wer sich bei der Union nach einer gewonnenen Wahl durchsetzt. Aufgeschlossenen Politikern wie Gehb stehen dort knallharte Gegner der Homo-Ehe wie Paul Kirchhof und Edmund Stoiber gegenüber.

Neben den programmatischen Aussagen zu den LSVD-Wahlprüfsteinen sind aber auch strategische Fragen interessant. Zum Beispiel die, was vom FDP-Programm übrig bleibt, wenn die Liberalen mit der Union koalieren. Wäre es mehr als die Bewahrung des Status quo beim Lebenspartnerschaftsgesetz? Solche Fragen müssen sich aber auch SPD, Grüne und Linkspartei gefallen lassen. Nach aktuellen Umfragen hätten sie allenfalls zusammen eine Mehrheit, doch zusammenarbeiten wollen sie nicht. Blicke also nur eine große Koalition. Doch was würde die SPD in einer solchen Konstellation für Lesben und Schwule durchsetzen? Und nicht zu vergessen: welchen Einfluss hätte die jeweilige Opposition?

1. Schutz vor Diskriminierung

Trotz erfreulicher Fortschritte im gesellschaftlichen Klima gegenüber Lesben und Schwulen kommt es immer wieder zu Diskriminierungen. Viele Lesben und Schwule fürchten Nachteile im Beruf, wenn ihre Lebensweise bekannt wird. Schwulen Männern werden oft Lebens- und Krankenversicherungen pauschal verweigert. Ein umfassendes Antidiskriminierungsgesetz ist längst überfällig.

2. Lebenspartnerschaften

Das Gesetz zur Eingetragenen Lebenspartnerschaft ist ein großer gesellschaftspolitischer Fortschritt. Gleiche Rechte bringt es aber noch nicht. Im Sozialrecht werden Lebenspartner beispielsweise voll in die Pflicht genommen, im Steuerrecht dagegen wie Fremde behandelt. Das ist unsinnig und ungerecht. Unsere Vision bleibt die Öffnung der Ehe, wie in Spanien. Unser konkretes Ziel ist die volle Gleichstellung der Lebenspartnerschaft.

3. Regenbogenfamilien

Viele Lesben und Schwule leben mit Kindern, tragen Verantwortung für deren Erziehung und Wohlergehen. Die Benachteiligung gleichgeschlechtlicher Familien muss beendet werden. Sie müssen steuer- und sozialrechtlich gleichgestellt werden. Es gibt keinen sachlichen Grund, gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften die Familiengründung durch Adoption, Pflegschaft oder Insemination zu verwehren.

4. „Transsexuellengesetz“

Das Transsexuellengesetz von 1981 entspricht nicht mehr dem heutigen Kenntnisstand. Es enthält zahlreiche Regelungen, die

mit der Würde des Menschen unvereinbar sind. Transgender müssen das Recht haben, ihre Lebensweise selbst zu bestimmen – bei der Ausgestaltung ihrer Geschlechtsidentität wie bei ihrer Partnerwahl. Das faktische Ehe- bzw. Partnerschaftsverbot für Menschen, die ihren Vornamen geändert haben, muss aufgehoben werden.

5. Denkmal für NS-Opfer

In der Vergangenheit wurden die homosexuellen Opfer des Nationalsozialismus in der Gedenkkultur fast vollständig übergangen. Am 12. Dezember 2003 hat der Deutsche Bundestag die Errichtung eines Denkmals für die homosexuellen NS-Opfer beschlossen. Es soll die Erinnerung an das Unrecht wach halten und ein beständiges Zeichen gegen Intoleranz, Feindseligkeit und Ausgrenzung gegenüber Schwulen und Lesben setzen. Der künstlerische Wettbewerb und der Bau des Denkmals müssen zügig umgesetzt werden.

6. Hassverbrechen

Lesben, Schwule und Transgender werden häufig beleidigt, angepöbelt und körperlich angegriffen. Oftmals handelt es sich um gezielte anti-homosexuelle Angriffe. Diese Hassverbrechen gehen oft von organisierten Jugendgangs aus, aber auch von Rechtsradikalen und anderen ideologisch motivierten Tätern. Hier gilt es, gezielte Präventionsmaßnahmen zu entwickeln und dauerhaft zu fördern. Programme zur Bekämpfung rechtsextremer und minderheitenfeindlicher Gewalt müssen alle Gruppen, gegen die sich Hassverbrechen richten, einbeziehen. Das gilt auch für Maßnahmen zur Opferhilfe.

7. Migration und Integration

Viele Zuwanderinnen und Zuwanderer in Deutschland stammen aus traditionell orientierten Kulturen, die geprägt sind von patriarchalen Rollenerwartungen und der Tabuisierung und Kriminalisierung von Homosexualität. Die Folgen sind mangelnde Toleranz und Diskriminierung von Lesben und Schwulen. Integrationsmaßnahmen müssen die Lebenssituation von Lesben und Schwulen, sowie Werte der Zivilgesellschaft wie Gleichberechtigung und Nichtdiskriminierung vermitteln.

8. Menschenrechte

Die Verfolgung von Menschen aufgrund ihrer sexuellen Identität stellt eine schwere Verletzung der universellen Menschenrechte dar. In rund 70 Staaten ist gleichgeschlechtliche Liebe strafbar. In mindestens sieben Staaten droht die Todesstrafe. Deutschland muss das Thema Menschenrechte und sexuelle Identität weiterhin offensiv innerhalb der UNO vertreten und darauf hinwirken, dass schwules lesbische Organisationen einen offiziellen Status bei den UN erhalten.

9. Bürgerrechte in Europa

Auch in Europa ist es um die Bürgerrechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgendern mancherorts noch schlecht bestellt. Die Europäische Union war bisher ein Motor für den Abbau von Diskriminierungen. Das muss so bleiben – weitere Antidiskriminierungsregelungen wie das 12. Protokoll zur EMRK müssen von Deutschland ratifiziert und zügig umgesetzt werden. Auch die europaweite Anerkennung von Lebenspartnerschaften ist längst überfällig.

„Es ist klug, schrittweise vorzugehen“

Olaf Scholz über die Lesben- und Schwulenpolitik der SPD

Respekt: Herr Scholz, SPD und Grüne haben in den vergangenen sieben Jahren einiges für Lesben und Schwule erreicht. Das Lebenspartnerschaftsgesetz ist fraglos ein großer Fortschritt. Hinter Ihrem ursprünglichen Ziel einer Gleichstellung mit der Ehe sind Sie aber deutlich zurückgeblieben. Warum?

Scholz: Wir haben uns für die Gleichstellung von Lesben und Schwulen eingesetzt. Seit dem 1. August 2001 ist unser Lebenspartnerschaftsgesetz in Kraft und am 1. Januar 2005 ist auch unser Gesetz zur Überarbeitung des Lebenspartnerschaftsrechts in Kraft getreten. Bereits jetzt sind damit Ehen und Lebensgemeinschaften gesetzlich weitgehend gleichgestellt. Was zur Gleichstellung noch fehlt, scheiterte bisher am Widerstand der Union im Bundesrat. Das Gesetz zur Ergänzung des Lebenspartnerschaftsgesetzes ist leider ein durch den Bundesrat zustimmungspflichtiges Gesetz.

Jetzt sind Rechte und Pflichten bei der Lebenspartnerschaft in einem erheblichen Ungleichgewicht: Im Sozialrecht müssen Lebenspartner füreinander eintreten, bei der Steuer werden sie behandelt wie Fremde. Ist das nicht ungerecht?

Stimmt, genau darum haben wir bereits in der letzten Legislaturperiode das Ergänzungsgesetz, dass die steuerliche Gleichstellung regelt, eingebracht. Wir wollen das Gesetz zur Ergänzung des Lebenspartnerschaftsgesetzes erneut und weiter verbessert einbringen.

Bezüglich einer steuerlichen Gleichbehandlung mit Eheleuten (Ehegattensplitting) hat man aus der SPD bislang sehr widersprüchliche Stimmen gehört. Wofür steht die SPD in dieser Frage?

Die Gleichstellung sollte auch im Steuerrecht erfolgen.



Olaf Scholz, ehemaliger SPD-Generalsekretär, wirkte maßgeblich am Antidiskriminierungsgesetz mit.

Foto: Scholz

Beim Adoptionsrecht hätte Rot-Grün für volle Gleichstellung sorgen und die gemeinschaftliche Adoption ermöglichen können. Warum waren Sie an diesem Punkt so zögerlich?

Ich halte es für klug, schrittweise vorzugehen. Mit dem Überarbeitungsgesetz haben wir die so genannte Stiefkindadoption ermöglicht. Entgegen manch konservativer Vorhersagen ist es uns gelungen, die meisten Menschen in Deutschland von

diesem Schritt zu überzeugen. Das spricht für das von uns gewählte Vorgehen.

Bringt das „Herumdokern“ an tausend Folgesetzen der Ehe eigentlich noch etwas? Wäre es nicht an der Zeit, dem Beispiel von Spanien und Kanada zu folgen und die Ehe für Schwule und Lesben zu öffnen?

Das Ergebnis zählt. Und da ist der von uns in

Deutschland eingeschlagene Weg nicht schlechter. Wie Sie an den noch nicht im Bundesrat durchgesetzten Folgegesetzen sehen, haben wir auch noch viel wirklich Wichtiges zu tun.

Viele lesbische Paare erfüllen sich ihren Kinderwunsch durch künstliche Befruchtung. Dabei bewegen sie sich in einer rechtlichen Grauzone, weil Insemination bislang nur bei heterosexuellen Eheleuten erlaubt ist. Was will die SPD tun, um die rechtliche Situation der Frauen und Kinder zu verbessern?

Es ist richtig, dass es bei der Fremdinsemination rechtliche Probleme gibt. Die müssen meiner Meinung nach geregelt werden. Allerdings ist das nicht einfach, weil da auch viele Fragen eine Rolle spielen, die gar nichts mit der sexuellen Orientierung der Paare zu tun haben. Entscheidend ist für mich: Das Kindeswohl muss immer an erster Stelle stehen.

Das Antidiskriminierungsgesetz haben die unionsgeführten Länder im Bundesrat gestoppt. Hat das Gesetz noch eine Chance?

Wir haben das ADG mit den Stimmen von SPD und Grünen im Bundestag verabschiedet. Es hängt jetzt vom Ergebnis der Beratungen im Bundesrat ab, ob das Gesetz noch eine Chance hat.

Vorurteile und Hass gegenüber Schwulen und Lesben sind bis heute weit verbreitet. Auch homosexuellenfeindliche Gewalt ist ein großes Problem. Die Täter sind oft Jugendliche und junge Männer. Bedarf es hier nicht gezielter Präventionsprogramme?

Die SPD-Fraktion hat mit dem Antrag „Schwule und lesbische Jugendliche: Mittendrin statt außen vor“, der am 16. Juni 2005 im Deutschen Bundestag verabschiedet wurde, ein Signal gesetzt: wir wenden uns gegen jede Form der Diskriminierung schwuler und lesbischer Jugendlicher. Wir wollen dazu beitragen, die Lebensbedingungen schwuler und lesbischer Jugendlicher zu verbessern, u.a. durch Aufklärungsarbeit, Akzeptanzförderung und Anti-Gewalt-Arbeit an Schulen, Universitäten und anderen Einrichtungen.

Stichwort Schule: Im Unterricht kommt das Thema Homosexualität bislang kaum vor. Braucht es hier nicht viel mehr Aufklärung?

Auch dafür haben wir uns in dem genannten Antrag ausgesprochen. Auch die Bundesländer müssen hier ihren Beitrag leisten, zum Beispiel durch die Verankerung des Themas „Sexuelle Orientierung“ in den Lehrplänen. In Schulen und Jugendeinrichtungen fehlen oft die Ansprechpartner, die für die Problemlagen der jungen Menschen sensibilisiert sind, um entsprechende Beratung und Hilfe überhaupt anbieten zu können. Das muss sich ändern.

AZ



Antworten auf LSVD-Wahlprüfsteine:

Schutz vor Diskriminierung

Wir sind nicht nur bereit, uns für eine Antidiskriminierungsgesetzgebung einzusetzen, wir haben ein solches Gesetz bereits in 3. Lesung im Bundestag verabschiedet... Benachteiligungen können nicht nur im Arbeitsrecht entstehen, sondern auch das Privatrecht betreffen. Daher haben wir von Anfang an gesagt, es ließe sich nicht begründen, warum wir im Privatrecht anders verfahren sollten, als im Arbeitsrecht... Ziel der europäischen Richtlinie ist der Abbau von Diskriminierungen: Wir sind der Überzeugung, dass dies nur erreicht werden kann, wenn auch privatrechtlich relevante Diskriminierungen einbezogen werden.

Lebenspartnerschaften

Mit dem Lebenspartnerschaftsgesetz und seiner Überarbeitung haben wir den richtigen und sinnvollen Weg in Richtung auf die Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaft mit der Ehe eingeschlagen... Die Lebenspartnerschaft ist ein eigenständiges Rechtsinstitut, dessen Akzeptanz – ebenso wie die damit verbundenen rechtlichen Regelungen – immer weiter zunimmt. Daher wäre es aus unserer Sicht bereits jetzt möglich, Ehen und auf Dauer angelegte Lebensgemeinschaften gesetzlich weitgehend gleichzustellen. Wir sind uns aber bewusst, dass gesellschaftlich und politisch noch einiges dafür zu leisten ist. Als nächsten Schritt wollen wir daher erneut ein Gesetz

zur Ergänzung des Lebenspartnerschaftsgesetzes einbringen, mit dem u. a. die Zuständigkeit des Standesbeamten bzw. der Standesbeamtin für die Begründung der Lebenspartnerschaft eingeführt und eine Angleichung im Beamten- und Soldatenrecht, im Ausbildungs- und Ausbildungsförderungsrecht sowie in anderen sozialrechtlichen Leistungsgesetzen vorgenommen wird.

Regenbogenfamilien

Es gibt in unserer Zeit angesichts der Vielzahl kinderloser Ehen einerseits und der wachsenden Zahl gleichgeschlechtlicher Partnerschaften, in denen auch Kinder aufwachsen, andererseits immer weniger Gründe für eine Ungleichbehandlung. Im Einkommensteuergesetz wollen wir Möglichkeiten für Lebenspartnerinnen und Lebenspartner prüfen, zwischen getrennter und gemeinsamer Veranlagung zu wählen... Was die Frage der verbesserten Adoptionsmöglichkeiten betrifft, so haben wir im Überarbeitungsgesetz die Stiefkindadoption ermöglicht... Wir halten ein solches schrittweise Vorgehen auf dem Wege der Adoptionsregelungen für sinnvoll. Wir sind mit dem gesetzlichen Ist-Zustand aber noch nicht bei unseren Soll-Vorstellungen angelangt.

„Transsexuellengesetz“

Wir unterstützen die unverzügliche Ausstattung von Transsexuellen mit Reisepässen, die eine Geschlechtsangabe enthalten, die im Einklang mit dem geführten Vornamen steht... Wir setzen uns für eine umfassende Überprüfung des Transsexuellengesetzes ein..

Denkmal für NS-Opfer

...Die Umsetzung des Bundestagsbeschlusses vom 12. Dezember 2003 ist auf dem richtigen Weg... Die SPD wird die weitere Umsetzung... intensiv begleiten.

Hassverbrechen

...Sicherheit ist ein Grundrecht in einer offenen Gesellschaft. Lesben, Schwule und Transgender gehören zu dieser offenen Gesellschaft... Die Erfahrung hat gezeigt, dass das Täterprofil derer, die rechtsextrem und homosexuellenfeindlich motiviert Gewalt verüben, ein klares Bildungsdefizit aufweist. Als vor-derste Bildungseinrichtung ist hier die Vermittlung von Werten in der Schule gefordert.

Migration und Integration

Mit dem Zuwanderungsgesetz haben... Migranten einen gesetzlichen Anspruch, aber auch die Verpflichtung auf Teilnahme an Integrationsmaßnahmen... Die Kursteilnehmer haben daher natürlich die Möglichkeit etwa im Bereich der Vermittlungsthemen Gleichberechtigung und Toleranz eigene Themenfragen wie die Situation von Lesben, Schwulen und Transgendern einzubringen und mit den Kursleitern und -teilnehmern unter der Maßgabe der zu vermittelnden Werte zu diskutieren.

Menschenrechte

Die Rechte der Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender werden nach wie vor in vielen Ländern verletzt. Die Bundestagsfraktion sieht dies mit großer Sorge und setzt sich im internationalen Rahmen für diesen Personenkreis ein, ebenso wie dies auch innenpolitisch geschehen ist... Aus unserer Sicht gibt es keine Einwände gegen einen Beobachterstatus schwules/lesbischer Verbände bei den VN...

Bürgerrechte in Europa

Die europäische Politik gibt Rahmen vor, die die Gleichstellung von Schwulen und Lesben voranbringt... Die angesprochene Freizügigkeit mit Ehen werden wir ebenso wie andere Gleichstellungsfragen weiter verfolgen, das schließt auch das 12. Protokoll zur EMRK mit ein.

„An Lebenspartnerschaft nicht rütteln“

Jürgen Gehb zur Lesben- und Schwulenpolitik der Unionsparteien



Jürgen Gehb ist rechtspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Foto: Gehb

Respekt: Herr Dr. Gehb, warum tun sich die Unionsparteien eigentlich so schwer mit der Anerkennung von Lesben und Schwulen?

Gehb: In einer großen Volkspartei wie der Union gibt es eine größere Bandbreite an Einstellungen und Ansichten als in kleineren Spartenparteien. Wer offenen Auges die Entwicklung verfolgt, der wird aber wahrgenommen haben, wie viel sich in den letzten Jahren verändert hat. Dies ist für mich entscheidend.

Aus CDU und CSU hört man zurzeit sehr widersprüchliche Stimmen: Bayern will gegen die Stiefkindadoption klagen, Michaela Noll erklärt, eine unionsgeführte Bundesregierung werde am Lebenspartnerschaftsgesetz nichts ändern, Roger Kusch wiederum will Lebenspartner zumindest bei der Erbschaftssteuer besser stellen. Was gilt denn nun?

Bayern, Hamburg und jedes andere Bundesland

können frei und unabhängig Initiativen aller Art ergreifen. Die Union im Bundestag wird am bestehenden Lebenspartnerschaftsgesetz nicht rütteln.

Zurzeit sind Rechte und Pflichten bei der Lebenspartnerschaft in einem erheblichen Ungleichgewicht: Im Sozialrecht müssen Lebenspartner füreinander einstehen, bei der Steuer werden sie behandelt wie Fremde. Ist das nicht ungerecht?

Ich bin sehr dafür, dass Rechte und Pflichten in einem ausgewogenen Verhältnis stehen sollten.

Eigentlich entspricht die Lebenspartnerschaft doch konservativen Wertvorstellungen: Zwei Menschen übernehmen Verantwortung füreinander, unterstützen sich auch „in schlechten Zeiten“, statt auf Vater Staat zu vertrauen. Müssten solche Lebensmodelle nicht steuerlich gefördert werden?

Im Zentrum unserer Politik steht die Verbesserung der Situation von Familien und Kindern. Hierauf sollte auch im Steuerrecht der Schwerpunkt gelegt werden. Als Rechtspolitiker setze ich mich beispielsweise für eine Reform des Unterhaltsrechts ein, die das Wohl des ehelichen wie nicht-ehelichen Kindes und dessen Betreuung in den Vordergrund stellt. Es wird auch gleichgültig sein, ob dieses Kind in einer hetero- oder homosexuellen Partnerschaft lebt.

Die FDP tritt inzwischen für die volle rechtliche Gleichstellung von Lebenspartnerschaft und Ehe ein. Werden CDU und CSU den Liberalen bei möglichen Koalitionsverhandlungen Zugeständnisse machen?

Heute über das Ergebnis eines möglichen Koalitionsvertrages zu spekulieren ist müßig. Vor wenigen Wochen haben CDU und FDP in Düsseldorf aber einen Koalitionsvertrag geschlossen, der folgenden Passus enthält: „Gleichgeschlechtliche Paare dürfen nicht diskriminiert werden. Ihre Selbstorganisation werden wir weiterhin angemessen unterstützen“. In Berlin werden vielleicht nach der Wahl auch wieder Projekte wie die Magnus-Hirschfeld-Stiftung in Angriff genommen, die Rot-Grün in dieser Legislaturperiode abgelehnt hat.

Lesben und Schwule werden noch in vielen Bereichen diskriminiert. Was will die Union dagegen unternehmen?

Jegliche Diskriminierung ist zu ächten und zwar ganz konkret – auch im laufenden Wahlkampf. Entpuppen sich nicht die hehren Worte zur Antidiskriminierungspolitik als Schall und Rauch, wenn Ottmar Schreiner, einer der prominentesten SPD-Politiker, zur Diffamierung eines politischen Gegners im Wahlkampf mal eben ganz tief in die Schmuddelkiste greift und dann den „Dr. Schwesterwelle“ herausholt? Hier laut und öffentlich die rote Karte zu zeigen ist für mich aktive Antidiskriminierungspolitik.

Das Antidiskriminierungsgesetz haben die unionsgeführten Länder im Bundesrat gestoppt. Warum?

CDU

Weil nicht alles, was gut gemeint ist, auch wirklich gut ist. Wo Anti-Diskriminierung draufsteht, muss im Ergebnis nicht unbedingt Anti-Diskriminierung drin sein. Im Zivilrecht ist im rot-grünen Entwurf eine massive Einschränkung der Privatautonomie und der Vertragsfreiheit der Bürgerinnen und Bürger vorgesehen. Man legt Hand an den freien und mündigen Bürger, der auch das Recht hat, zu einem Vertragsabschluss nein zu sagen, und dies heute nicht begründen muss. Ich bin dafür, dass dies so bleibt.

Schwule und Lesben sind auch heute noch mit Vorurteilen und Hass konfrontiert. Ein verbreitetes Phänomen ist das „Schwulenklatschen“ durch Jugendgangs, die sich darauf spezialisiert haben, Homosexuelle zusammenzuschlagen und zu berauben. Bedarf es nicht spezieller Präventionsprogramme, um die Sicherheit von Lesben und Schwulen zu gewährleisten?

Selbstverständlich muss der Jugendgewalt gegen Lesben und Schwule und gegen alle anderen Opfer entgegengetreten werden. Hier sind Prävention wie auch das Straf- und Jugendrecht gefragt. Und es macht sicherlich Sinn, in der Prävention spezifische Programme für die jeweils spezifischen Täter- und Opfergruppen zu haben. Schließlich soll Prävention auch erfolgreich sein.

Müsste nicht auch an Schulen viel mehr für die Aufklärung über Homosexualität und Homosexuelle getan werden?

Für mich ist lesbisch oder schwul sein einfach Normalität in unserer heutigen Zeit. Ich empfinde es als gut und richtig, wenn dies auch in der Schule seinen Niederschlag finden würde.

Wie beurteilen Sie es in diesem Zusammenhang, dass die neue nordrhein-westfälische Kultusministerin Barbara Sommer gerade die Verwendung einer Aufklärungsbroschüre über Homosexualität an den Schulen verboten hat?

Meine generelle Position habe ich dargestellt. Einzelfälle, deren Umstände ich nicht genau kenne, kommentiere ich nicht.

Ihre Prognose: Werden Ehe und Lebenspartnerschaft in zehn Jahren gleichgestellt sein?

Ich bin viel zu lange in der Politik, als dass ich Spekulationen, was in zehn, zwanzig oder dreißig Jahren sein wird, als seriös ansehe.

Zum Abschluss eine persönliche Frage. Angenommen, Sie hätten einen Sohn, der einen Mann heiraten will: bekäme er Ihren „Segen“?

Ja, denn Eltern sollten immer zu ihren Kindern stehen. Meine Frau und ich bemühen uns jedenfalls, dies gegenüber unseren beiden Söhnen auch einzulösen.

AZ

Antworten auf LSVD-Wahlprüfsteine:

Schutz vor Diskriminierung

...Aufgrund Artikel 13 Amsterdamer Vertrag sind mittlerweile vier europäische Richtlinien zum Diskriminierungsschutz ergangen, die einen umfassenden Diskriminierungsschutz gewähren. Weiterer Richtlinien bedarf es zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht. Vordringliche Aufgabe der nationalen Politik ist es zunächst, diese vier Richtlinien umzusetzen, da der völlig überfrachtete und handwerklich schlechte Entwurf von Rot-Grün für ein Antidiskriminierungsgesetz im Bundesrat gescheitert ist. Die CDU tritt seit jeher für eine zügige Umsetzung dieser Richtlinien ein, die „eins zu eins“ und ohne ein „Draufsatteln“ ausufernder, den Diskriminierungsschutz verzerrender und bürokratischer Regelungen erfolgen muss.

Lebenspartnerschaften

Einer vollständigen Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften mit der Ehe, bzw. einer Öffnung des Rechtsinstituts der Ehe steht Artikel 6 Absatz 1 Grundgesetz entgegen, der die Ehe zwischen Mann und Frau unter den besonderen Schutz des Grundgesetzes stellt. Dies hält die CDU für richtig. Mit dem Lebenspartnerschaftsgesetz und der Folgegesetzgebung wurde der verfassungsrechtliche Spielraum bereits ausgefüllt.

Regenbogenfamilien

Der Gesetzgeber hat Rechte und Pflichten für gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften festgelegt und damit den – auch nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts – verfassungsrechtlich zulässigen Spielraum für die Gleichstellung mit Ehe und Familie bereits aus-

gefüllt. Hiervon zu trennen ist die Frage nach dem Adoptionsrecht, das nicht allein die Rechte und Pflichten von Lebenspartnern untereinander betrifft, sondern mit den Kindern auch Dritte mit einbezieht und damit weit über den Regelungskreis Lebenspartnerschaft hinausgreift... Die Adoption richtet sich nach dem von der Natur vorgegebenen Grundprinzip, dass jedes Kind eine Mutter und einen Vater hat, was für die Entwicklung des Kindes seine spezielle Bedeutung hat. Entsprechend diesem natürlichen Kindesverhältnis ist die Adoption durch ein Ehepaar die Regel. Eine Durchbrechung dieses Grundprinzips hätte zur Folge, dass ein Kind entgegen dem von der Natur vorgesehenen Kindesverhältnis rechtlich zwei Mütter oder Väter hätte. Dies würde ein Kind in eine Ausnahmesituation bringen, die sich nicht rechtfertigen ließe...

„Transsexuellengesetz“

Die CDU tritt für berechtigte Anliegen von Minderheiten ein. Wenn sich hier Handlungsbedarf ergibt, wird die CDU handeln.

Denkmal für NS-Opfer

Die CDU respektiert den Beschluss des Deutschen Bundestages zur Errichtung eines Mahnmals zum Gedenken der Verfolgung Homosexueller während des Dritten Reiches. Der Umsetzung dieses Beschlusses steht nichts entgegen.

Hassverbrechen

Jede Gewalt gründet auf Intoleranz und menschenfeindlicher Gesinnung, egal ob von rechts oder links, egal gegen wen. Dies ist ein ernstes gesellschaftliches Problem. Dem muss einmal begegnet werden durch eine konsequente Verfolgung und Bestrafung der Täter; die CDU Deutschlands will u.a. das Jugendstrafrecht – z.B. durch Ausweitung des Strafrahmens und durch Maßnahmen wie den „Warnschussarrest“ – verschär-

fen, um den meist jugendlichen Gewalttätern rechtzeitig und mit der gebotenen Konsequenz begegnen zu können. Zum anderen ist hier die Gesellschaft als Ganzes gefordert, nicht wegzusehen, wenn eine solche menschenverachtende Gesinnung in Gewalttaten ausschlägt. Die CDU befürwortet eine angemessene Berücksichtigung der Situation der Homosexuellen im Rahmen der Programme zur Gewaltprävention und zur Opferhilfe.

Migration und Integration

...Integration ist mit der Entstehung von Parallelgesellschaften unvereinbar. Soweit die Grundwerte der Verfassung im Widerspruch zu den Positionen eingewanderter Kulturen stehen, gibt es keinen Anspruch auf Toleranz... Ein Einwirken auf das kulturell unterschiedlich geprägte Vorverständnis von Gesellschaft und Gesellschaftsordnung ist dem demokratischen Staatswesen darüber hinaus nur sehr bedingt möglich; hier ist z.B. an den Schulunterricht zu denken.

Menschenrechte

Die CDU setzt sich schon von ihrem Selbstverständnis als einer auf dem Wertefundament des Christentums stehenden Partei für die volle Verwirklichung der Menschenrechte für alle Menschen ein. Dieses Engagement schließt selbstverständlich auch Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender ein... Die CDU befürwortet es, dass schwullesbische Organisationen einen offiziellen Status bei den Vereinten Nationen erhalten.

Bürgerrechte in Europa

Die Gleichstellung von Lebenspartnerschaften mit der Ehe gehört nicht zu den Kompetenzfeldern der Europäischen Gemeinschaft. Dies ist eine jeweils national zu entscheidende Frage... Für Deutschland gelten die Vorgaben des Grundgesetzes.

„Eine erste große Etappe geschafft“

Claudia Roth über die nächsten Ziele der Grünen

Respekt: Frau Roth, SPD und Grüne haben in den vergangenen sieben Jahren einiges für Lesben und Schwule erreicht. Das Lebenspartnerschaftsgesetz ist fraglos ein großer Fortschritt. Hinter dem ursprünglichen Ziel der Grünen, die Ehe zu öffnen, bleibt es aber weit zurück. Warum?

Roth: Wir Grüne hatten nicht die absolute Mehrheit. Trotz aller Widerstände ist aber eine kleine Kulturrevolution gelungen. Die öffentliche Akzeptanz für Schwule und Lesben ist spürbar gewachsen. Viele Ungerechtigkeiten sind beseitigt. Denken Sie nur daran, welch schlimme Probleme binationale Paare früher hatten. Heute haben sie volle Rechtssicherheit.

Das Lebenspartnerschaftsgesetz wurde auch kritisiert, weil es ein „Sondergesetz“ für Homosexuelle ist. War es – im Nachhinein betrachtet – dennoch der richtige Weg?

Der Weg ist richtig und wir gehen ihn konsequent weiter. Der Erfolg der Lebenspartnerschaft hat das gesellschaftliche Verständnis von Ehe erweitert. Damit ist verfassungsrechtlich der Boden bereitet, auch in Deutschland die Öffnung der Ehe in Angriff zu nehmen. Das Ziel ist volle Gleichstellung, vorher lassen wir nicht locker.

Bringt das „Herumdoktern“ an tausend Folgegesetzen der Ehe eigentlich noch etwas? Wäre es nicht jetzt schon an der Zeit, dem Beispiel von Spanien und Kanada zu folgen und die Ehe für Schwule und Lesben zu öffnen?

Wir tun das eine ohne das andere zu lassen. Wir arbeiten auf die Ehe hin. Aber warum sollten wir darauf verzichten, gleichzeitig in anstehenden Gesetzesvorhaben für die Gleichstellung der Lebenspartnerschaft zu sorgen – von der Handwerksordnung bis zum Spätaussiedlergesetz? Das ist kein „Herumdoktern“ sondern konsequente Gleichstellungspolitik.



Claudia Roth ist Parteivorsitzende von Bündnis 90 / Die Grünen.

Foto: Bü 90 / Die Grünen

Beim Adoptionsrecht ist Rot-Grün mit der Stiefkindadoption auf halbem Weg stehen geblieben. Warum waren Sie an diesem Punkt so zögerlich?

Wir sind nicht stehen geblieben, sondern haben eine erste große Etappe geschafft – und das bei einer politisch sehr sensiblen Frage. Bereits drei Jahre nach Einführung der Lebenspartnerschaft konnten wir die Stiefkindadoption politisch durch-

setzen. Der historische Vorreiter Dänemark hat für die gleiche Ergänzung noch 10 Jahre gebraucht.

Auch bei den Grünen gab es ja Widerstand, zum Beispiel von Antje Vollmer. Steht die Partei inzwischen geschlossen hinter der Forderung nach dem vollen Adoptionsrecht?

Wir Grüne haben uns im Wahlprogramm einmütig für das volle Adoptionsrecht ausgesprochen.

Antje Vollmer vertrat eine Einzelmeinung, die in der Partei keinen Rückhalt fand. Im Bundestag hat sie übrigens trotz ihrer Bedenken am Ende für das Gesetz mit der Stiefkindadoption gestimmt.

Das Antidiskriminierungsgesetz haben die unionsgeführten Länder im Bundesrat gestoppt. Hat das Gesetz noch eine Chance?

Die simple Formel von CDU/CSU und FDP lautet: Umsetzung der EU-Richtlinien gegen Diskriminierung 1:1. Das bedeutet im Klartext: Sie wollen Schwulen und Lesben gleichen Diskriminierungsschutz verweigern. Wir kämpfen weiter für ein umfassendes Antidiskriminierungsgesetz. Der Bundesrat kann nur verzögern. Der Ring ist frei zur nächsten Runde.

Vorurteile, Hass und Gewalt gegenüber Schwulen und Lesben sind auch heute noch verbreitet. Ein großes Problem ist das „Schwulenklatzchen“ durch Jugendgangs, die sich darauf spezialisiert haben, Schwule zusammenzuschlagen und zu berauben. Was planen die Grünen hier an Präventionsmaßnahmen?

Alle Programme gegen Hassverbrechen müssen auch das Thema Homosexualität einbeziehen. Wir brauchen Akzeptanzförderung und müssen früh ansetzen, gerade in der Schule. Daher ist es völlig unverantwortlich, dass die neue CDU-Schulministerin in NRW als eine ihrer ersten Amtshandlungen ein Lehrerhandbuch zum Thema Homosexualität aus dem Verkehr zieht. Diese Zensur ist ein unappetitlicher Vorgeschmack auf das, was bei Schwarz-Gelb auf Bundesebene drohen würde.

Auch unter Migranten gibt es große Vorurteile gegenüber Lesben und Schwulen. Was wollen die Grünen tun, damit Hass und Gewalt abgebaut werden und es nicht zu „holländischen Verhältnissen“ kommt, wo die Polizei Lesben und Schwulen rät, aus bestimmten, von Einwanderern bewohnten Stadtvierteln wegzuziehen?

Egal welcher Herkunft – niemand darf sich herausnehmen, der Würde und Freiheit eines anderen Menschen ein Denken entgegenzusetzen, bei dem für Frauen weniger Rechte gelten oder Schwulen und Lesben das Existenzrecht abgesprochen wird. Wir setzen auf aktive Integration und eine Bildungspolitik, die ihrem Auftrag endlich gerecht werden muss. An dieser Stelle muss man nochmals auf die längerfristigen fatalen Konsequenzen der CDU-Schulpolitik in NRW hinweisen. Hier sind alle gefordert: Parteien, Behörden und Verbände. Wir möchten z.B. Müttern und Vätern spezielle Integrationsangebote machen und dabei gewaltpräventive Erziehungsmethoden ebenso vermitteln wie die Toleranz gegenüber anderen Lebensweisen.

AZ



Antworten auf LSVD-Wahlprüfsteine:

Schutz vor Diskriminierung

Alle müssen gleiche Chancen haben beim Zugang zu Beschäftigung, zu Gütern und Dienstleistungen. Daher setzen wir uns für ein Antidiskriminierungsgesetz ein... Damit treten wir Benachteiligungen im Arbeits- und Alltagsleben wirksam entgegen. Bündnis 90/Die Grünen haben sich erfolgreich dafür eingesetzt, dass alle relevanten Merkmale – über die Vorgaben der Europäischen Union hinaus – auch im allgemeinen Zivilrecht in den Diskriminierungsschutz einbezogen werden. Das gilt auch für die sexuelle Identität. Wir wenden uns gegen die Forderungen von CDU/CSU und FDP, dass Schwule und Lesben aus dem gesetzlichen Diskriminierungsschutz im Zivilrecht... ausgeschlossen bleiben sollen...

Lebenspartnerschaften

Es darf keinen Stillstand oder gar Rückschritt bei Lebenspartnerschaft und Adoptionsrecht geben. Bündnis 90/Die Grünen sind Garant dafür, dass das Erreichte nicht nur verteidigt, sondern ausgebaut wird. Mit dem Lebenspartnerschaftsgesetz ist das Fundament gelegt. Seitdem bauen wir Stein für Stein an. Wir haben durchgesetzt, dass zum 1.1.2005 weitere Verbesserungen verwirklicht wurden, z.B. Gleichstellung bei der gesetzlichen Rente, Einführung des Verlöbnisses und die Ermöglichung der Stiefkindadoption... Bündnis 90/Die Grünen kämpfen im Bundestag und gegenüber dem Bundesrat für volle Gleichstellung, auch im Steuer- und Beamtenrecht. Das Lebenspartnerschaftsgesetz hat in der Gesellschaft

große Zustimmung gefunden. Damit ist der Boden bereitet, nach dem Vorbild Spaniens, Belgiens, Kanadas und der Niederlande nun auch die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare in Angriff zu nehmen.

Regenbogenfamilien

Familie ist, wo Kinder sind... Regenbogenfamilien – gleichgeschlechtliche Eltern mit Kindern – haben ein Recht auf Anerkennung und Schutz vor Diskriminierung. Als ersten Schritt haben wir die Stiefkindadoption ermöglicht... Auch im Steuerrecht müssen Regenbogenfamilien gleichgestellt werden... Das volle Adoptionsrecht muss folgen... Wir halten den Ausschluss von lesbischen Frauen von Maßnahmen der Fortpflanzungsmedizin für diskriminierend und setzen uns für eine Liberalisierung ein. Wir treten dafür ein, künstliche Befruchtung nicht nur für Verheiratete zuzulassen. Selbstverständlich kommen schwule und lesbische Paare auch für Pflegschaften in Frage. Es ist diskriminierend, Lesben und Schwulen die Fähigkeit zur verantwortlichen Kindererziehung abzusprechen, wie das die CDU/CSU versucht.

„Transsexuellengesetz“

Transsexuellen und intersexuellen Menschen muss es ermöglicht werden, ihre Lebensweise selbst zu bestimmen. Der Zustand, dass Menschen, die ihre Geschlechtszugehörigkeit verändern wollen, immer noch demütigenden und langwierigen bürokratischen Verfahren ausgesetzt sind, muss ein Ende haben...

Denkmal für NS-Opfer

Der Bundestagsbeschluss zur Errichtung eines Denkmals für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen erfolgte auf unsere Initiative hin... Es ist wichtig, dass die Opfer ein ehrendes Andenken erhalten und dass in unsere Zeit

hinein und für die Zukunft ein beständiges Zeichen gegen Intoleranz, Feindseligkeit und Ausgrenzung gegenüber Schwulen und Lesben gesetzt wird.

Hassverbrechen

...Angesichts weiter bestehender Ressentiments und antihomosexueller Gewalt bedarf es gezielter Maßnahmen zur Prävention, zur Akzeptanz homosexueller Lebensweisen in der Gesellschaft und zum Abbau von Vorurteilen und Feindseligkeiten gegenüber Lesben und Schwulen.

Migration und Integration

Niemand darf sich herausnehmen, der Würde und Freiheit eines anderen Menschen, die das Grundgesetz für alle gleichermaßen vorsieht, ein patriarchales Denken entgegenzusetzen, bei dem für Frauen weniger Rechte gelten als für Männer, oder bei dem homosexuellen Menschen das Recht auf Selbstbestimmung und freie Entfaltung der Persönlichkeit abgesprochen wird.

Menschenrechte

Selbstverständlich muss Deutschland.. das Thema Menschenrechte und sexuelle Identität auf internationaler Ebene weiterhin offensiv vertreten. Diese entschiedene Politik für die Menschenrechte von Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender wollen Bündnis 90/Die Grünen fortsetzen und weiter intensivieren.

Bürgerrechte in Europa

Wir streben die volle Anerkennung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften und gleichgeschlechtlicher Familien in den EU-Gesetzgebungen an... Wir treten dafür ein, Lücken im EU-Richtlinienwerk gegen Diskriminierung zu schließen, so dass für das Merkmal sexuelle Identität klare Maßstäbe auch über den Bereich Beschäftigung und Beruf hinaus gesetzt werden.

„Die Bevölkerung ist weit genug“

Jörg van Essen zur künftigen Gleichstellungspolitik der FDP

Respekt: Herr van Essen, die FDP hat auf ihrem Parteitag im Mai beschlossen, die verbleibenden Benachteiligungen eingetragener Lebenspartnerschaften beseitigen zu wollen. Bezieht sich das auch auf das Steuerrecht?

Van Essen: Selbstverständlich. Der Parteitag hat hier eine klare Aussage getroffen, das hat mir sehr gut gefallen. Unser Wahlprogramm hat diese Forderung auch aufgenommen. Wer gleiche Pflichten hat, muss auch gleiche Rechte haben.

Das Ehegattensplitting wollte die FDP Lebenspartnern im vergangenen Jahr noch nicht zugestehen.

Ehrlich gesagt geht es uns um eine Neujustierung des Steuerrechts. Das Realsplitting erscheint uns da wesentlich gerechter. Aber eines ist ganz klar: so lange es das Ehegattensplitting gibt, muss es auch für schwule und lesbische Paare gelten. Ungleichbehandlungen kann man allenfalls in einer überschaubaren Übergangsphase hinnehmen.

Wäre es nicht am konsequentesten, die Ehe für Lesben und Schwule zu öffnen wie in Spanien? Damit ließen sich die Benachteiligungen von Lebenspartnern auf einen Schlag beseitigen.

Das wird möglicherweise irgendwann kommen. Dass die Lebenspartnerschaft einfacher umzusetzen war, ist aber nicht zu übersehen. Wenn man jetzt Radikallösungen fordert, bilden sich neue Widerstände. Wer Erfolg haben will, muss die Gesellschaft mitnehmen. Bislang ist das gut gelungen.

Höre ich da ein leises Lob für die rot-grüne Bundesregierung?

Aber nein! Die Koalition ist beim Adoptionsrecht auf halber Strecke stehen geblieben. Das hätte man ohne die Zustimmung des Bundesrates umsetzen können. Aber die SPD hat gemauert und die Grünen haben sich da flach gemacht wie eine Flunder. Bei den Grünen gab es ja sogar offenen Widerstand: ich erinnere nur an Antje Vollmer.

Es gab die Befürchtung, das Adoptionsrecht sei nicht vermittelbar...

Schauen Sie sich die Diskussion um die Stiefkindadoption an. Hat es da einen Aufstand gegeben? Nein, die Bevölkerung ist weit genug dafür.

Die FDP fordert das Adoptionsrecht auch noch nicht so lange...

Das Adoptionsrecht ist ohne Zweifel der Kumulationspunkt für Vorbehalte. Auch bei der FDP hat es eine intensive Diskussion gegeben. Einige Kollegen hatten große Bedenken. Wir haben uns in zwei Fraktionssitzungen ausschließlich mit der Adoption beschäftigt, auch mit den ganzen Studien zu dem Thema. Bei der Abstimmung hat es schließlich nur eine Gegenstimme gegeben. Das zeigt sehr deutlich, dass man bei diesem Thema auch überzeugen kann.

Was sagen Sie zu der bayerischen Klage gegen die Stiefkindadoption?

Ich habe da eine klare Meinung: null Chance! Da geht es um das Absichern der eigenen konservativen Klientel. Mehr nicht.

Während die FDP in den meisten Fragen für die volle Gleichstellung eintritt, will sie Lesben und Schwulen beim Antidiskriminierungs-gesetz keinen zivilrechtlichen Schutz zugestehen.



Jörg van Essen ist Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion.
Foto: Alexander Zinn

Warum?

Die FDP tritt entschieden für den Abbau von Diskriminierung und Intoleranz ein. Dazu brauchen wir in Europa gemeinsame Standards und verbindliche Antidiskriminierungsregeln. Die FDP ist aber auch der Überzeugung, dass es der falsche Weg ist, zu glauben, der Abbau von Diskriminierungen lasse sich nur per Gesetz verordnen. Was wir brauchen, ist eine Veränderung des Bewusstseins. Der Ausbau des geltenden Lebenspartnerschafts-

rechts ist der beste Weg, um Diskriminierungen abzubauen. Es ist bereits jetzt absehbar, dass sich die Lebenspartnerschaft in der Gesellschaft etabliert hat. Es wäre bedauerlich, wenn das Ziel, Gerechtigkeit durch Gleichbehandlung zu schaffen und Diskriminierung auch im Privatrecht zu vermeiden, wegen mangelnder Akzeptanz eines ausufernden Gesetzes verfehlt würde.

Wie wollen Sie Ihre Vorstellungen in einer Koalition mit CDU und CSU umsetzen?

Guido Westerwelle sagt bei jeder Gelegenheit, dass es kein Zurück gibt bei der Lebenspartnerschaft. Wir werden beharrlich verhandeln, das haben wir immer. Der § 175 wäre ohne uns nicht gefallen.

Wie realistisch ist es, dass Sie mehr erreichen könnten als eine Sicherung des Status quo?

Eines ist doch vollkommen klar: auch in der CDU hat sich einiges gewandelt. Es gibt schwule Spitzenpolitiker, bei der jungen Union gibt es viele aufgeschlossene junge Leute, es gibt Kräfte in der CDU, die uns unterstützen werden. Aber es gibt natürlich auch harten Widerstand, da muss man sich keine Illusionen machen.

Konkret: Wenn Sie z.B. die Benachteiligungen im Steuerrecht nur in einer „Übergangsphase“ akzeptieren, müssen Sie der Union bei Koalitionsverhandlungen ja Verbesserungen abtrotzen.

Aus Sicht der FDP sind Änderungen im Steuerrecht dringend notwendig. Das Bundesverfassungsgericht hat dem Gesetzgeber hier einen Handlungsauftrag mitgegeben. Zu erwarten ist, dass die Gerichte weiter auf eine gesetzliche Regelung drängen werden. Die Union wird sich dem Wandel in der Gesellschaft auf lange Sicht nicht verschließen können. Andernfalls wird der gesellschaftliche Druck auf CDU/CSU immer stärker werden. Die FDP wird auch in einer Koalition mit CDU/CSU nicht müde werden, immer wieder auf noch bestehende rechtliche Defizite hinzuweisen und konkrete gesetzliche Schritte einzufordern.

Wird die FDP Koalitionsverhandlungen scheitern lassen, wenn die Union keine Verbesserungen im Lebenspartnerschaftsrecht zugesteht?

Koalitionsverhandlungen werden grundsätzlich nicht in der Öffentlichkeit ausgetragen. Die FDP steht zu allen ihren Forderungen, die in unserem Wahlprogramm enthalten sind. Wenn die Wählerinnen und Wähler uns zu einem guten Wahlergebnis verhelfen, wird dies unsere Verhandlungsposition innerhalb der Koalition wesentlich stärken. Fest steht: Wir wollen das Lebenspartnerschaftsrecht ausbauen und mit dieser Forderung werden wir auch in die Koalitionsverhandlungen gehen. **AZ**



Antworten auf LSVD-Wahlprüfsteine:

Schutz vor Diskriminierung

Die FDP fordert... eine Umsetzung der EU-Antidiskriminierungsrichtlinien in deutsches Recht. Dabei muss sich das Gesetz eng an den Regelungsgehalt der Richtlinien orientieren... Ein Gesetz, das über den Regelungsgehalt der EU-Richtlinien weit hinausgeht, greift in die Abschluss- und Gestaltungsaspekte der Vertragsfreiheit ein. Im Zivilrecht gilt grundsätzlich Vertragsfreiheit und damit das Recht, keine Gründe dafür benennen zu müssen, einen Vertrag abzuschließen oder zu verweigern.

Lebenspartnerschaften

Ein weiterer Ausbau des Lebenspartnerschaftsgesetzes ist nicht nur gesellschaftspolitisch wünschenswert, sondern rechtlich dringend geboten. Das Bundesverfassungsgericht hat 2002 entschieden, dass das Lebenspartnerschaftsgesetz nicht gegen... Art. 6 Grundgesetz verstößt. Es gibt daher rechtlich keinen Grund, homosexuellen Paaren wesentliche Rechte zu versagen... Die verbleibenden Benachteiligungen eingetragener Lebenspartner gegenüber der Ehe müssen daher beseitigt werden...

Regenbogenfamilien

In Deutschland ist die künstliche Befruchtung nur bei verheirateten Frauen erlaubt, in seltenen Ausnahmen bei Frauen, die in fester heterosexueller Partnerschaft leben.... Der gesamte Bereich bedarf einer rechtlichen Neubewertung

und einer Rechtsgrundlage, die Rechtssicherheit für alle Beteiligten schafft. In diesem Zusammenhang ist auch die Möglichkeit für lesbische Frauen, ihren Kinderwunsch mit Hilfe der Insemination zu erfüllen, zu prüfen. Die von Rot-Grün durchgesetzte Stiefkindadoption für Eingetragene Lebenspartner ist eine halbherzige Lösung. Die Forderung der FDP-Bundestagsfraktion nach einem gemeinsamen Adoptionsrecht für schwule und lesbische Paare ist am Widerstand von Rot-Grün gescheitert. Ausschlaggebend für eine Adoption muss alleine das Wohl des Kindes sein. Ein Kind hat gute Entwicklungschancen in einer stabilen und gefestigten Beziehung. Diese Stabilität gewährleistet die Eingetragene Lebenspartnerschaft in gleicher Weise wie die Ehe...

„Transsexuellengesetz“

Eine Reform des Transsexuellengesetzes ist seit langem überfällig... Rot-Grün hat sich in 7 Jahren Regierungszeit diesen wichtigen Reformen verweigert. Wir brauchen daher in der kommenden Wahlperiode endlich notwendige Reformen, um die Situation der Betroffenen deutlich zu verbessern, um das Anerkennungsverfahren von unnötiger Bürokratie zu entlasten und bestehende Diskriminierungen im Melderecht zu beseitigen.

Denkmal für NS-Opfer

Die FDP befürwortet die Errichtung eines Denkmals für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen... In diesem Zusammenhang fordert die FDP auch... die Errichtung einer Magnus-Hirschfeld-Stiftung. Dadurch soll im Sinne eines kollektiven Ausgleichs das von den Nationalsozialisten an den Homosexuellen verübte Unrecht anerkannt und die homosexuelle Bürger- und Menschenrechtsarbeit gefördert werden...

Hassverbrechen

Die FDP fordert eine Intensivierung der Programme für gewaltbereite Jugendliche. Wichtig sind auch Gewaltpräventionsprogramme an Schulen und in der Jugendarbeit. Hier muss über die verschiedenen Opfergruppen aufgeklärt werden, Bewusstsein für unterschiedliche Lebensentwürfe geschaffen werden und versucht werden Vorurteile abzubauen... Die erfolgreichen Kampagnen der Polizei zur Prävention antischwuler Gewalt müssen fortgesetzt werden.

Migration und Integration

Religion darf nicht zur Rechtfertigung von diskriminierendem Verhalten gegenüber Minderheiten, Gewalt oder Extremismus missbraucht werden... Gerade zwischen verschiedenen jugendlichen Migrantengruppen, aber auch gegenüber anderen Minderheiten kommt es immer wieder zu gewalttätigen Auseinandersetzungen. Hier reichen konventionelle Formen der Jugendarbeit nicht aus. Streetworker sind ebenso erforderlich wie klare Grenzziehungen des Staates durch die Polizei.

Menschenrechte

Das Verbot von Folter, politischer, rassistischer und religiöser Verfolgung oder Verfolgung aufgrund der sexuellen Identität ist nicht verhandelbar... Selbstverständlich müssen auch schwul-lesbische Organisationen, die eine aktive Menschenrechtsarbeit betreiben, im offiziellen Akkreditierungsverfahren der UN berücksichtigt werden.

Bürgerrechte in Europa

Es ist für die FDP eine Selbstverständlichkeit, dass in einem vereinigten Europa, in einem gemeinsamen Raum der Sicherheit, der Freiheit und des Rechts eine europaweite gegenseitige Anerkennung von Lebenspartnerschaften erfolgen muss.

„Abschaffung der Ehe als Privileg“

Lothar Bisky über die Visionen der neuen Linkspartei.PDS



Lothar Bisky ist Vorsitzender der Linkspartei.PDS.

Foto: Linkspartei.PDS

Respekt: Herr Bisky, die Linkspartei setzt sich „für eine umfassende Gleichstellung aller Lebensweisen“ ein. Was heißt das konkret?

Bisky: Niemand darf wegen seiner Lebensweise benachteiligt oder bevorzugt werden. Deshalb setzen wir uns für die Abschaffung der Ehe als Privileg ein und stehen für die Förderung von Lebensgemeinschaften mit Kindern oder Pflegebedürftigen. Unser Konzept der „Wahlfamilie“ sieht die Gleichstellung aller Lebensweisen vor. Dies beinhaltet für jeden Menschen das Recht, Beziehungen, rechtliche Fragen und Verantwortlichkeiten mit anderen Menschen individuell zu gestalten. Das betrifft u.a. das Mitbestimmungsrecht im Krankheitsfall, das Zeugnisverweigerungsrecht, das Eintrittsrecht in den Mietvertrag, das Erb- und das Sorgerecht.

Bedeutet das auch, dass Sie für die Öffnung der Ehe für Schwule und Lesben eintreten?

Ja. Die Linkspartei.PDS tritt für die vollständige Öffnung der Ehe für Lesben und Schwule ein. Heiraten soll, wer mag. Zugleich darf niemand benachteiligt werden, dessen Lebensentwurf die Ehe nicht vorsieht. Das Bundesverfassungsgericht hat dem Gesetzgeber weitreichende Freiräume zur Öffnung der Ehe gegeben, die leider von der Bundesregierung mit dem Lebenspartnerschaftsgesetz keineswegs ausgefüllt wurden. Das Gericht hat bestätigt, dass ein anderes Rechtsinstitut alle Rechte erhalten darf, die derzeit auch die Ehe erhält. Gründen wir doch ein solches, das von allen Menschen, gleich welcher sexuellen Orientierung und Herkunft, genutzt werden kann, um wichtige rechtliche Fragen zu regeln.

Sie sagen, das von Rot-Grün vorgelegte Antidiskriminierungsgesetz reiche nicht aus. Was fehlt?

Wenn Sie sich den Entwurf des rot-grünen Antidiskriminierungsgesetzes genau anschauen, wird Ihnen aufgefallen sein, dass es nur unwesentlich über eine 1:1-Umsetzung der EU-Richtlinien hinausgeht. Wesentlicher Kritikpunkt der Linkspartei.PDS und ihrer Lebensweisen-Arbeitsgemeinschaft Queer ist die fehlende Beweislastumkehr. Diese würde bedeuten, dass nicht der oder die Diskriminierte nachweisen müsste, dass er/sie diskriminiert wurde, sondern der oder die potenziell Diskriminierende. Wer schon einmal Opfer von Mobbing war, weiß, wie schwer ein Nachweis von Diskriminierung ist. Insofern droht das Gesetz nach diesem Entwurf ohne konkrete Auswirkungen für Diskriminierte zu bleiben. Eine weitere Forderung ist die nach einem Einzel- und Verbandsklagerecht, das es einzelnen Personen, aber auch kleineren und größeren Verbänden gestattet, die eigenen Rechte – oder in Vertretung für von Diskriminierung Betroffenen – einzuklagen. Gleichzeitig fordern wir als Linkspartei.PDS konkrete Maßnahmen zur Umsetzung ein. Antidiskriminierungsstellen, an die sich jede und jeder unproblematisch wenden kann, sind dabei genauso wichtig, wie Maßnahmenprogramme in Verwaltungen, Lehrplänen, bei der Polizei etc., um Diskriminierungen abzubauen.

Das Parteiprogramm ist das eine, die reale Politik das andere. In Berlin hat es kaum Verbesserungen für Lesben und Schwule gegeben, seit die PDS mitregiert. In der Antidiskriminierungskommission des Landes z.B. soll die sexuelle Orientierung keine Rolle spielen. Fordert die Linkspartei die Gleichstellung nur in der Opposition?

Keineswegs. Die Linkspartei.PDS hat darauf gedrungen, in den Berliner Koalitionsvertrag einen Abschnitt zu gleichgeschlechtlichen Lebensweisen aufzunehmen. Wohnberechtigungsscheine können ohne Voraussetzungen zusammengelegt werden. Der Senat hat ein Grundstück für das vom Bundestag beschlossene Mahnmal für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen zur Verfügung gestellt. Die Senatskulturverwaltung und der Kultursenator, Dr. Thomas Flierl, koordinieren gemeinsam mit der Mahnmalsinitiative den Wettbewerb. Die Projekte schätzen die gute

DIE LINKE. PDS

Antworten auf LSVD-Wahlprüfsteine:

Zusammenarbeit mit den Senatsverwaltungen für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz und für Arbeit, Wirtschaft und Frauen. Senatorin Dr. Heidi Knake-Werner hat viele Vorhaben unterstützt und die Schirmfräuschaft übernommen – auch gerade bei Veranstaltungen des LSVD-Projektes MILES. Und schließlich: Seit 2004 gibt es in Berlin ein Landesantidiskriminierungsgesetz für Lesben, Schwule und Transgender – im dritten Regierungsjahr, während Rot-Gün auf Bundesebene sieben Jahre für einen inzwischen gescheiterten Entwurf gebraucht hat.

Die WASG hat den FDP-Vorsitzenden Guido Westerwelle in einem Wahlkampfsong wegen seiner Homosexualität angegriffen. Ist die Linkspartei vor Homosexuellenfeindlichkeit gefeit?

Die Anfrage bei der WASG hat ergeben, dass der Song von einer Einzelperson im Forum der WASG NRW veröffentlicht wurde und direkt nach dem Bemerkten entfernt wurde. Der neoliberalen Politik von Guido Westerwelle darf man nicht durch homophobe und persönliche Attacken begegnen. Die Linkspartei.PDS sucht die inhaltliche Auseinandersetzungen und distanziert sich von solch einem Verhalten einzelner. Die Mitwirkung vieler Genossinnen und Genossen der Linkspartei. PDS in lesbischen, schwulen und transgender Projekten, inhaltliche Stellungnahmen und Anträge in Kommunal- und Landesparlamenten und im Bundestag verdeutlichen den hohen Stellenwert, den Toleranz und Akzeptanz in der Linkspartei.PDS genießen.

Vorurteile und Hass gegenüber Schwulen und Lesben sind auch heute noch verbreitet. Ein Phänomen ist das „Schwulenklatschen“ durch Jugendgangs, die sich darauf spezialisiert haben, Schwule zusammenzuschlagen und zu berauben. Was will die Linkspartei dagegen tun?

Wichtig ist, Maßnahmen von der gesetzlichen und zentralen bundespolitischen Ebene als lebendige Antidiskriminierungspolitik direkt vor Ort wieder zu erkennen. Konkrete fachübergreifende Verankerung von Toleranz und Akzeptanz in Lehrplänen, Antidiskriminierungsstellen, Antidiskriminierungsvereinbarungen bei öffentlichen Arbeitgebern, Verbot der derzeit noch gängigen Menschenrechtsverletzungen bei Intersexuellen etc. müssen mit lokalem Engagement kombiniert werden. Mit unserer kommunalpolitischen Verankerung haben wir hier auch eine große Verantwortung, täglich aktiv zu sein, unmittelbar und nachhaltig. **AZ**

Lebenspartnerschaften

Schutz vor Diskriminierung
Die PDS setzt sich seit Jahren intensiv für ein umfassendes Antidiskriminierungsgesetz ein, das im Arbeits- und im Zivilrecht umfassenden Schutz vor Diskriminierung bietet. Der Ansatz der rot/grünen Bundesregierung erfüllt die notwendigen Voraussetzungen für ein umfassendes ADG nicht, da maßgebliche juristische Elemente nicht berücksichtigt wurden (u. a. Beweislastumkehr, Verbandsklagerecht). Die PDS wird im Bundestag alle Möglichkeiten nutzen, um auf ein umfassendes Antidiskriminierungsgesetz hinzuwirken, das Schutz vor Diskriminierung im Zivilrecht und im Beruf bietet.

Lebenspartnerschaften

Die Öffnung der Ehe für lesbische und schwule Paare ist eine legitime Möglichkeit, Gleichberechtigung gegenüber verheirateten heterosexuellen Paaren zu erlangen. So lange es die Ehe mit den derzeitigen Vergünstigungen für heterosexuelle Paare gibt, darf dies niemandem anders vorenthalten werden. Gleichzeitig treten wir für eine umfassende Gleichstellung aller Lebensweisen unabhängig von Ihrer sexuellen Orientierung ein. Familie ist da wo Nähe ist – nicht (nur) wo (Homo-)Ehe ist!

Regenbogenfamilien

Die PDS fordert das uneingeschränkte Adoptionsrecht für Lesben und Schwule. Das schließt die Stiefkindadoption selbstverständlich mit ein. Bereits 2002 hat die Europäische Menschenrechtskommission erklärt, dass die grundsätzliche Verweigerung des Adoptionsrechtes abhängig vom Familienstand gegen die europäische Menschen-

rechtskonvention verstößt. Das Wohl des Kindes muss bei jeder Entscheidung für oder gegen eine Adoption das einzig ausschlaggebende Entscheidungskriterium sein, nicht die Lebensweise oder sexuelle Orientierung und auch nicht die Moralvorstellung rückwärtsgewandter Gesellschaftsschichten. Auch in der Frage der Insemination gilt: Lesben (und Schwule) sind genauso gute Eltern wie Heterosexuelle. Dem muss endlich Rechnung getragen werden!

„Transsexuellengesetz“

Bisher werden geschlechtsangleichende Maßnahmen medizinisch und behördlich stark reglementiert: Hier wird die Zuweisung zu einem eindeutigen Geschlecht erzwungen. Mit geschlechtsangleichenden Maßnahmen ist derzeit auch die Sterilisation verbunden. Wir lehnen diese Praxis ab, die auf ein zweigeschlechtliches und heterosexuelles „Normales“ abzielt und Trans- und Intersexualität als behandlungsbedürftige Krankheiten ansieht. Realistisch und sofort umsetzbar sind unkompliziertere Verwaltungsgänge und die unproblematische Zusicherung von Kostenübernahmen bei geschlechtsangleichenden Maßnahmen. Auf längere Sicht arbeiten wir auf einen gesellschaftlichen Konsens und gesetzliche Rahmenbedingungen hin, die Menschen eine freie und unreglementierte Wahl des Geschlechts und körperlicher Geschlechtsmerkmale ermöglichen...

Denkmal für NS-Opfer

Ein Denkmal für die ermordeten Homosexuellen halten wir für sinnvoll. Allerdings darf es damit nicht getan sein. Notwendig ist die umfassende und angemessene Entschädigung auch homosexueller Opfer, sowie die Annullierung aller Urteile nach dem Paragraphen 175, auch nach 1945.

Hassverbrechen

Die PDS als eindeutig antifaschistische Partei unterstützt alle Bemühungen, homophobe und rechtsextreme Angriffe zu verhindern und präventiv wirksam zu werden. Entsprechende Programme haben wir in den Landesparlamenten, in denen die PDS vertreten ist, initiiert bzw. unterstützt. Das werden wir auch im Bundestag tun.

Migration und Integration

Das Kennenlernen anderer Menschen und Kulturen (als der eigenen) ist ein wesentliches Element, um Vorurteilen und Diskriminierungen entgegenzuwirken. Bildungsarbeit in der Vorschule, an Schulen, in Fort- und Weiterbildungen ist daher Voraussetzung, um ein diskriminierungsfreies Miteinander von Menschen zu ermöglichen...

Menschenrechte

...Menschenrechte sind universell und unteilbar. Gleichzeitig darf unser Gesellschaftsmodell anderen Modellen nicht zwanghaft übergestülpt werden. Die Wahrung eigener Identitäten bei Anerkennung universeller Menschenrechte muss Ansatz internationaler Politik sein...

Bürgerrechte in Europa

Neben gesetzlichen Möglichkeiten Diskriminierungen zu unterbinden (auch die Bundesrepublik Deutschland muss den „Schutz vor Diskriminierung“, das 12. Protokoll zur Europäischen Menschenrechtskonvention, ratifizieren) setzen wir uns für die ganz konkrete, praktische Umsetzung ein (Antidiskriminierungsstellen, AnsprechpartnerInnen gegen Diskriminierung in allen Verwaltungsorganen und auf allen Verwaltungsebenen, diskriminierungsfreie Lehrpläne etc.). Für weitere Maßnahmen sind wir offen und suchen die intensive Diskussion mit allen an einer diskriminierungsfreien Gesellschaft interessierten Menschen.

Land aller Möglichkeiten?

Die erste CSD-Parade in der rumänischen Hauptstadt Bukarest

VON JOSEF SALLANZ

Die Bukarester Stadtverwaltung hat sich viel Zeit gelassen, bis sie ACCEPT, dem rumänischen Lesben- und Schwulenverband, eine Antwort über den Antrag, den ersten CSD in Rumänien zu veranstalten, zukommen ließ. Laut Gesetz hätte dies spätestens nach 48 Stunden geschehen müssen, doch das Rathaus benötigte 20 Tage, bis die Ablehnung der Parade an ACCEPT herausging. Ein fadenscheiniger Grund musste herhalten: Der Oberbürgermeister der rumänischen Hauptstadt, Adrieian Videanu, begründete die Ablehnung des schwul-lesbischen „Marsches der Vielfalt“ mit einem Mangel an Sicherheitskräften.

GayFest konnte wie geplant vom 23. bis 30. Mai stattfinden. Es gab Vorträge, ein Konzert, Performances und ein Filmfestival, auf dem auch der Film „Agnes und seine Brüder“ gezeigt wurde. Und auch seinen neuen Höhepunkt, die CSD-Parade, konnte das diesjährige GayFest mit dem Segen von oberster staatlicher Stelle begehen.

Doch das bedeutete noch lange nicht, dass alle Regierungsparteien mit der Demonstration einverstanden waren. Der Juniorpartner der Bukarester Koalition, die Konservative Partei (PC), die bis vor kurzem noch Humanistische Partei hieß, veranstaltete am Morgen des 28. Mai, am gleichen Tag, an dem auch der CSD stattfand, eine Demo unter dem Motto „Respekt für die Familie“.

Parlamentarier der PC und junge Burschen in rumänischer Nationaltracht und Priestergewändern versuchten mit Ikonen und Kreuzfixen in den Händen auf die christlichen Werte Rumäniens hinzuweisen – und gegen eine homosexuelle Demo in Bukarest Front zu machen. Davon ließen sich die Lesben und Schwulen aber nicht im geringsten beeindrucken.

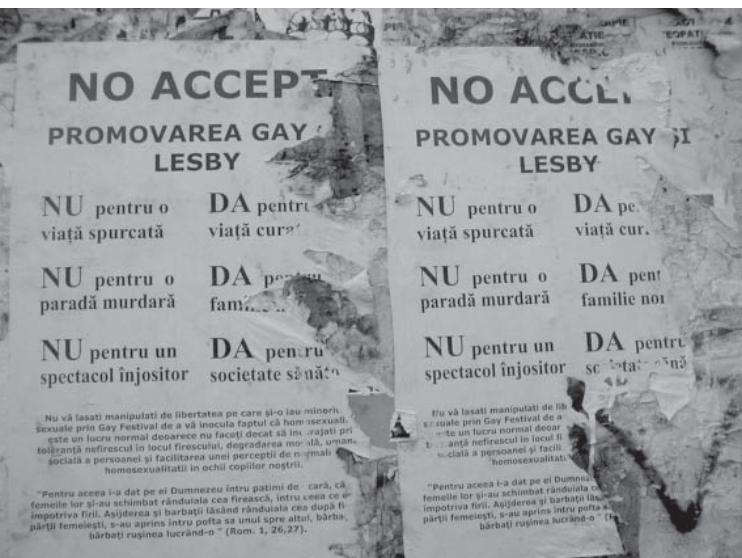
Gegen 18.30 Uhr war es so weit: Den an die Tristesse der Herrschaft Ceausescus erinnernden

meinte dazu: „Heute passiert etwas Großartiges für uns in Rumänien. Keiner weiß, wie die Manifestation verlaufen wird. Doch es ist ein herrliches Gefühl, offen als Schwuler für die eigenen Rechte einzutreten.“

Allerdings lag auch Angst in der Luft. Hatten doch noch am Vortag der Verband der christlich-orthodoxen Studenten und die faschistische Bewegung Noua Dreapta angekündigt, die Parade mit allen Mitteln verhindern zu wollen. Mit Parolen wie: „Wir wollen kein Volk von Schwuchteln sein!“ wurden die Demonstranten empfangen. „Schämt Euch! Schande über Euch!“ ertönte es. Vereinzelt flogen auch Steine und Eier. Einige der Kundgebungsteilnehmer entrissen den Faschisten die homosexuellenfeindlichen Schilder und zerrten sie. Es folgten Flüche, ein aggressives Gerangel. Nur mit Mühe konnte die Polizei die gewaltbereiten Rechtsextremen zurückhalten. Einkesselt von den Sicherheitskräften begannen sie zu singen: „Christus ist von den Toten auferstanden“.

Etwa 300 Personen nahmen an der ersten CSD-Demo Rumäniens teil. Die Parade wurde ohne Musik und ohne Wagen durchgeführt. Die Demonstranten wollten die Zuschauer am Straßenrand nicht mit Umarmungen und Küssen „provizieren“. Eher unauffällig gekleidet marschierte man mit; nur wenige Transsexuelle kamen in auffälligen Kostümen zur Parade. Rusty, ein in der rumänischen Hauptstadt bekannter Travestiestar, kam mit dem Fahrrad. Er trug eine auffällige venezianische Maske. Auf einen Rock hatte er verzichtet, um bei Krawallen schnell fliehen zu können. Am Park der Jugend endete der Marsch – nach einer halben Stunde! Ohne Kundgebung, ohne Ansprachen. Die Polizei rief ins Megaphon: „Das Meeting ist beendet! Bitte weitergehen!“ Gefeierte wurde aber anschließend in zwei Clubs noch bis in die frühen Morgenstunden.

Florin Buhuceanu hatte befürchtet, dass es zu gewalttätigen Ausschreitungen kommen würde. „Ich bin sehr zufrieden mit dieser ersten schwul-lesbischen Manifestation in Bukarest“, sagte er, kritisierte aber gleichzeitig die ziemlich aggressiv auftretende Polizei. Auch Murivale, überglücklich über den für rumänische Verhältnisse guten Verlauf der Parade, erklärte voller Pathos: „Der Rote Teppich von Cannes stellt mich nicht mehr zufrieden. Schau Rumänien, unser Amerika, du bist nun das Land aller Möglichkeiten!“



Protestplakate gegen den „Marsch der Vielfalt“: fotografiert auf dem Bukarester Universitätsplatz. Foto: Josef Sallanz

Doch die rumänischen Lesben und Schwulen wollten sich damit nicht abfinden. Florin Buhuceanu, Geschäftsführer von ACCEPT, gab sich entschlossen: „Mit oder ohne Genehmigung, wir verzichten nicht auf die schwul-lesbische Parade“. Innerhalb von nur zwei Tagen gelang es, die Ablehnung international bekannt zu machen. EU-Parlamentarier sowie europäische und amerikanische Institutionen protestierten mit Mails und Faxen vehement gegen das Verbot. Nachdem sich auch Staatspräsident Traian Basescu in den Streit um die homosexuelle Manifestation einschaltete, gab das Bukarester Rathaus, dem er selbst bis zur Wahl ins Präsidentenamt Ende 2004 als OB vorstand, klein bei und erteilte die Genehmigung.

Das zum zweiten Mal in Bukarest veranstaltete

Platz der Einheit in der Mitte Bukarests bevölkerten nun vor allem junge Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender und deren Sympathisanten mit Regenbogenfahnen und zum Teil mit Karnevalsmasken. Denn die meisten wollten nicht erkannt werden, sie fürchteten um ihren Arbeitsplatz. Zwar wurde der Antihomosexuellen-Artikel 200 des Strafgesetzbuches Anfang 2002 auf Druck der EU und von ACCEPT abgeschafft, doch in Politik und Gesellschaft ist die Homophobie nach wie vor präsent.

„Ohne Vorurteile: Ich liebe wen ich will!“ lautete das Motto des Bukarester Marsches. Vasile Muresan Murivale, der erste offen schwul auftretende rumänische Maler, in dessen Werk das Thema Homosexualität breiten Raum einnimmt,

Dancehall und Schwulenhass

Schwule auf Jamaica leben in Todesangst

VON KLAUS JETZ

Gareth will anonym bleiben, bittet darum, dass von ihm keine Fotos gemacht werden. Er hält sich als Vertreter der Jamaican Forum for Lesbians, All-sexuals and Gays (J-Flag) Ende Juni in Köln auf und nimmt an der Podiumsdiskussion des Lesben- und Schwulenverbandes (LSVD) zum Thema Menschenrechte teil.

J-Flag wurde 1998 von Brian Williamson (1945-2004) gegründet. Brian gab Homosexuellen auf Jamaica ein Gesicht, er war bekannt, trat in Rundfunk und TV als offen schwuler Aktivist auf. Am 9. Juni 2004 er wurde in seiner Wohnung in Kingston brutal ermordet. Die Leiche wies 91 Stichwunden auf, die Kehle war durchschnitten. Die Polizei sprach von einem Raubmord, doch laut jamaikanischen Menschenrechtlern ist der Aktivist einem für Jamaica typischen Hassverbrechen zum Opfer gefallen. Darauf deutete auch der Zustand der Leiche hin.

„Schwule auf Jamaica leben in Todesangst“, sagt Gareth. „Als schwuler Tourist lassen sie dich in Ruhe. Du gibst ja dein Geld aus und fährst dann wieder nach Hause. Wir aber leben in Jamaica und kriegen den Hass der Leute zu spüren. Deshalb will ich auch anonym bleiben. Die Arbeit mit J-Flag mache ich gerne. Sie ist wichtig. Ich bin von ihr überzeugt. Wir haben das Recht, so zu sein, wie wir sind. Dafür kämpfen wir. Ich musste selbst mit ansehen, wie mein Freund Victor auf der Straße zu Tode geschlagen wurde, wie er um sein Leben bettelte. Ich war nur 40 Meter entfernt und konnte nichts für ihn tun. Die Polizei hat das überhaupt nicht interessiert. Als Zeuge wurde ich ausgelacht. Es gibt auf Jamaica keine Gerechtigkeit.“

Die Schwulenhatz auf Jamaica hat dank aufpeitschender, homophober Dancehall Music hysterische Ausmaße angenommen. Einen Jamaikaner als „batty boy“ oder „chi chi man“ (schwuler Mann) zu bezeichnen, gilt als eine der größten Beleidigungen auf der Karibikinsel. So wird dieser „Vorwurf“ in Wahlkampfzeiten auch gerne gegen den politischen Gegner erhoben. In einigen Dancehall Songs wird offen zum gay bashing (Schwulenkatschen) oder zum Mord an schwulen Männern aufgerufen. 2001 war der Song „Chi Chi Man“ der Band T.O.K. acht Wochen lang die Nummer 1 der World Reggae Charts.

Gareth spricht auch über Buju Banton, dessen Konzerte im letzten Jahr in Deutschland größtenteils abgesagt wurden, da der LSVD gegen den Auftritt des Interpreten mobilisiert hatte. „Buju

Banton war selbst in einen Überfall auf fünf oder sechs Schwule verwickelt. Sie wurden schwer verletzt, Arme und Beine haben sie ihnen gebrochen, Buju Banton hat einem von ihnen ein Auge ausgetreten. Er wurde nie verhaftet, tritt noch immer auf, auch im Fernsehen.“

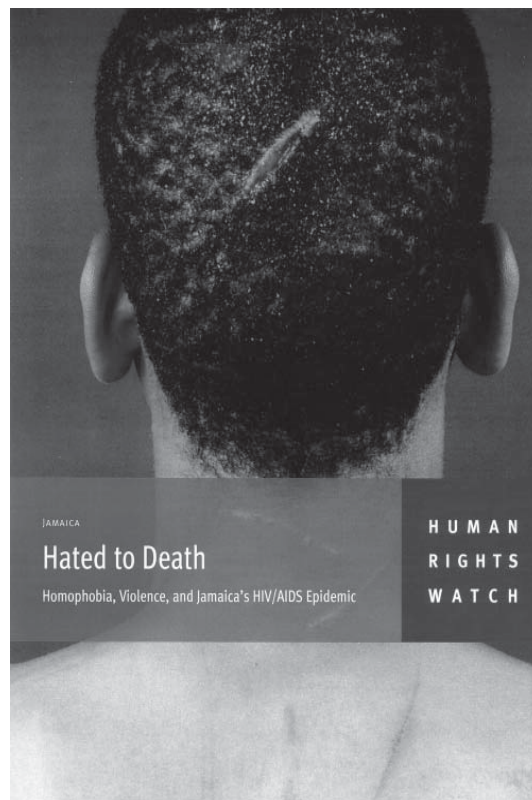
Dancehall-Music spielt eine große Rolle auf Jamaica, die beiden großen Parteien nutzen homophobe Songs im Wahlkampf und schüren die Gewalt. „Ich glaube“, so Gareth, „bei uns wächst eine Generation heran, die noch schwulenfeindlicher sein wird als die jetzige. Und das alles wegen Dancehall. Beenie Man, Bounty Killer, Buju Banton und andere treten mit schwulenfeindlichen Songs im Fernsehen auf, geben Konzerte und sind überall präsent. Dann verlieren sie für einen oder zwei Monate ihre Sponsorenverträge, kriegen aber sofort wieder neue.“

Laut J-Flag wurden in Jamaica seit 1997 rund 30 Schwule ermordet. Einvernehmliche, homosexuelle Handlungen zwischen Erwachsenen gelten seit dem 19. Jahrhundert als Verbrechen. Analverkehr wird mit bis zu zehn Jahren Gefängnis und Zwangsarbeit geahndet. Zwar wird der Begriff Homosexualität im jamaikanischen Strafgesetzbuch nicht erwähnt, doch Artikel 76 zählt archaische Straftatbestände auf wie „Analverkehr“ (abominable crime of buggery) oder „grob unsittliches Verhalten“ (acts of gross indecency). Sie werden ausschließlich auf schwule Männer angewendet.

Premierminister Patterson von der People's National Party hat wiederholt erklärt, mit seiner Regierung werde es die von Menschenrechtsorganisationen aus dem In- und Ausland geforderte Entkriminalisierung von Homosexualität nicht geben. Er erntete damit scharfe Kritik der lokalen Gesundheitsbehörden, die Patterson vorwarfen, seine Starrköpfigkeit werde dazu führen, dass Schwule in Jamaica sich auch weiterhin verstecken oder ein Doppelleben führen, was der Ausbreitung von HIV und AIDS Vorschub leistet.

„Wenn du Kondome benutzt, bist du gleich schwul“, so Gareth. „HIV-Positive trauen sich nicht, nach Medikamenten zu fragen, weil sie Angst haben, als schwul zu gelten. Und

unsere Regierung hört nicht auf uns. Unser Premierminister verteidigt die Strafgesetze in der Öffentlichkeit. Das bestärkt die Leute darin zu glauben, es sei was Schlimmes, schwul zu sein. Sie glauben, Homosexualität sei eine Sache der Weißen, aus den USA oder aus Europa. Und wenn das Ausland gegen die Verfolgung von Schwulen auf Jamaica protestiert, dann ist das für unsere



Hated to Death: Bericht von Human Rights Watch über Homophobie und Gewalt auf Jamaica.

Foto: Human Rights Watch

Regierung neokolonialistische Einmischung.“

J-Flag sind in Jamaica die Hände gebunden. „Wir beraten und unterstützen Opfer antischwuler Gewalt, machen Präventionsarbeit im Bereich HIV und AIDS. Gegen Dancehall aber kommen wir hier nicht an. Deshalb ist der Druck aus dem Ausland wichtig. Wir bitten Euch, nicht nachzulassen in Eurem Engagement gegen homophobe Musiker aus Jamaica. Das hilft uns, und vielleicht werden auch die Musiker irgendwann einsehen haben, denn es geht ja auch um viel Geld. Bis dahin werden sie uns weiter schlagen.“

Liebe = Sünde?

LSVD-Jugend fresh beim katholischen Weltjugendtag



Vom 16. bis zum 21. August fand in Köln der „Weltjugendtag“ der katholischen Kirche statt. Eine gute Gelegenheit für die LSVD-Jugendgruppe fresh, Präsenz zu zeigen und gegen die homosexuellenfeindliche Haltung der Amtskirche zu protestieren. Während des gesamten Treffens zeigte LSVD fresh mit 50 Plakaten unter dem Motto „Kann den Liebe Sünde sein?“ in der Kölner Innenstadt Flagge. Finanziert wurde die Aktion vom LSVD-Landesverband NRW.

Als Benedikt XVI. am 18. August in seinem Papamobil durch die Innenstadt fuhr, bereiteten ihm der LSVD und andere schwul-lesbische Gruppen einen gebührenden Empfang. Mit Regenbogenfahnen und Transparenten waren sie zur „Papst-Parade“ erschienen und zeigten, dass auch schwule und lesbische Jugendliche zur „Weltjugend“ gehören und dass sie sich nicht länger diskriminieren lassen. Auch bei der Abschlussmesse am 21. August auf dem Marienfeld war der LSVD dabei: der LSVD NRW fresh verteilte zweisprachige Handzettel.

Neben den Protestaktionen gab es noch weitere Aktivitäten zum Weltjugendtag. Um die unheilige Allianz zwischen Vatikan, US-amerikanischen Evangelikalen und der Organisation der Islamischen Konferenz ging es bei einem Vortrag, den LSVD-Bundessprecher Philipp Braun am 20. August hielt. Im Rahmen der Finissage der polnischen Ausstellung „Sollen sie uns doch sehen“ berichtete Braun über die Zusammenarbeit der religiösen Fundamentalisten in der UNO und deren Angriffe auf die Bürger- und Menschenrechte von Lesben und Schwulen. So versuchen die USA, der Vatikan und verschiedene islamische Staaten gemeinsam, eine brasilianische Resolution zu lesbisch-schwulen Menschenrechten zu verhindern. Dieser antihomosexuellen Achse des Religiösen müsse mit Entschiedenheit entgegengetreten werden, so Braun in seinem Vortrag.

Arnulf Sensenbrenner

» **Kann denn Liebe
Can love be a sin?
Sünde sein?**

Bye, bye discrimination!
Adieu Diskriminierung!
the les-bi-gay youth
Die Schwul-LesBische Jugend
against hate sermons of the Vatican.
gegen Hasspredigten des Vatikans.

„It is not good that man should be alone.“ (1. Buch Mose 2, 18)

„Es ist nicht gut, dass der Mensch allein bleibe.“ (1. Buch Mose 2, 18)



Lesben- und Schwulenverband

Plakataktion: Der LSVD fresh zeigte zum Weltjugendtag in Köln Flagge.

Jugend-Offensive 2006

LSVD fresh lädt zum Bundesjugendtreffen im November

Am 24. April beschloss der Bundesverbandstag die Jugend-Offensive 2006. Diese beschreibt den thematischen Schwerpunkt der Verbandsarbeit des kommenden Jahres sowie gezielte Veranstaltungen für Jugendliche und spezielle Werbung jugendlicher Mitglieder.

Inhaltlich ausgearbeitet werden soll die Jugend-Offensive von den Jugendlichen selbst. Aus diesem Grund findet noch in diesem Jahr am 5. und 6. November der erste Jugendkongress des LSVD statt, zu dem alle jugendlichen Mitglieder des Verbandes herzlich eingeladen sind.

Ein wahrlich frischer Wind im Lesben- und Schwulenverband, denn ein Treffen dieser Art gab es während des 15jährigen Bestehens des LSVD nicht. Fast vier Jahre nach Schaffung der Jugendorganisation LSVD fresh (am 6. Oktober 2004) widmet die größte Bürgerrechtsorganisation Homosexueller den Jugendlichen nicht nur Gehör, sondern setzt einen eigenen Schwerpunkt.

Gemeinsam soll über die Jugendarbeit im LSVD und natürlich vor allem die Jugend-Offensive 2006 gesprochen werden. Die Zukunftsentwicklung des

Verbandes liegt in der Hand der Jugend, die Chance will LSVD fresh nutzen und gemeinsam Konzepte erarbeiten.

Es ist nun an den Jugendlichen, die Offensive zu einem Erfolg werden zu lassen. LSVD fresh freut sich auf viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer, viele kreative Ideen und natürlich auch auf ein schönes gemeinsames Wochenende. Ein Appell an all diejenigen, die nicht kommen können: Beteiligt Euch trotzdem! Schickt Mails oder Briefe, ruft an oder geht zu den LSVD-AnsprechpartnerInnen vor Ort. Je mehr Ideen gesammelt werden, desto bunter und spannender kann auch das Ergebnis werden.

Für Rückfragen steht LSVD fresh gerne zur Verfügung, auch für Anregungen sind wir dankbar! Kontakt direkt über LSVD fresh (Postfach 3232 in 49022 Osnabrück, Telefon: 0700-57833737, Mail: fresh@lsvd.de) oder bei der Bundesgeschäftsstelle (Postfach 103414 in 50474 Köln, Telefon: 0221-9259610, Mail: lsvd@lsvd.de) in Köln.

Benjamin Rottmann, Bundesjugendbeauftragter



 die tageszeitung

10. August: Keine Homo-Wahlempfehlung

„Lesben und Schwule sind klug genug, selbst zu bewerten.“ So begründete der Lesben- und Schwulenverband (LSVD) gestern seinen Verzicht auf eine Wahlempfehlung. Der Verband bietet den Wählern aber eine Entscheidungshilfe: Um zu überprüfen, inwieweit die Parteien den Interessen der Lesben und Schwulen gerecht werden wollen, hat der Verband im Juni einen Fragenkatalog an die Parteien verschickt. Darin sind „Wahlprüfsteine“ formuliert. Zur Vervollständigung der rechtlichen Gleichstellung von Homosexuellen brauche es etwa: ein umfassendes Antidiskriminierungsgesetz, die volle Gleichstellung in der Lebenspartnerschaft, das Recht zur Familiengründung sowie ein zeitgemäßes Transsexuellengesetz. In ihren Antworten wollen SPD, Grüne, FDP und PDS diesen Forderungen nachkommen. Eine Erweiterung des Antidiskriminierungsgesetzes lehnt die FDP als Eingriff in die Vertragsfreiheit allerdings ab.

Rölnr Stadt-Anzeiger

28. Juli: Broschüre zu Homosexualität verboten

Die Entscheidung des NRW-Schulministeriums, ein Lehrer-Handbuch zur Behandlung des Themas Homosexualität aus dem Verkehr zu ziehen, ist auf heftige Kritik gestoßen... Der Lesben- und Schwulenverband (LSVD) forderte Schulministerin Barbara Sommer (CDU) in einem Brief auf, an dem Leitfaden festzuhalten, der zur Antidiskriminierung beitrage. Homosexualität sei eine Facette der menschlichen Sexualität, ihre Akzeptanz stehe und falle mit der Aufklärung in der Schule, erklärte der LSVD in Köln. „Nur wenn Schülerinnen und Schüler frühzeitig lernen, dass es ganz normal ist, schwul oder lesbisch zu sein, kehrt langfristig auch Normalität ein.“ Ein Ministeriumssprecher bekräftigte dagegen, die Broschüre sei im Unterricht nicht tragbar. „Wir wollen nicht für homosexuelle Lebensformen werben“, sagte Schulministeriums-Sprecher Oliver Mohr zur Begründung des Vorgehens. Wer die Diskriminierung bestimmter Lebensformen ablehne, müsse auch dafür sorgen, „dass man nicht irgendeine Lebensform herausgreift und in den Mittelpunkt stellt“. Die Broschüre enthalte „wer-

tende“ Aussagen und sei daher nicht für den Unterricht geeignet.

RHEINISCHE POST

8. Juli: ADG zu Fall gebracht

Das Antidiskriminierungsgesetz ist gekippt worden. Der Bundesrat blockierte den rot-grünen Entwurf mit seiner Unionsmehrheit. Nun muss sich der Vermittlungsausschuss mit dem Gesetz auseinandersetzen. Der Fraktionsgeschäftsführer der Grünen, Volker Beck, nannte die Behauptung abenteuerlich, das Gesetz verhindere Beschäftigung. Auch gehe das Gesetz nur beim Zugang zu Gütern und Dienstleistungen über die EU-Vorgaben hinaus. Der Lesben- und Schwulenverband meinte, der Bundesrat habe dem Gesetz den Todesstoß versetzt. Es müsse nach der Bundestagswahl vollkommen neu verhandelt werden.

Neues Deutschland

2. Juli: Wahlkampf um einen WASG-Song

Der Lesben- und Schwulenverband Deutschlands LSVD und die FDP haben der Wahlalternative WASG wegen eines Wahlkampfsongs sexuelle Denunziation vorgeworfen. Hintergrund der Kritik: In dem auf einer WASG-Internetseite zur Verfügung gestellten »Wahlkampf Boogie« genannten Stück heißt es mit Blick auf den FDP-Vorsitzenden, »der Westerwelle schaut sich nur noch Männer an«.

LSVD-Sprecher Philipp Braun nannte das Lied daraufhin »unerträglich«, die Wahlalternative versuche, »den politischen Gegner mittels sexueller Denunziation zu demontieren«. Kritik übte Braun auch an der auf die CDU-Vorsitzende gemünzten Floskel, »und die Merkel will eh keiner ham«. Derartige Äußerungen, so der LSVD-Sprecher, offenbarten »ein gestörtes Verhältnis zu Freiheits- und Bürgerrechten. Auch die FDP schloss sich der Kritik an und verlangte in einem offenen Brief an die Vorstände von PDS und Wahlalternative eine Entschuldigung.

DIE WELT

27. Juni: Bei Sonne und Sommerregen: Berlin feiert Christopher Street Day

Der inzwischen 27. CSD stand in Berlin unter dem Motto „Unser Europa gestalten wir!“, als Hinweis auf die unterschiedliche Gleichstellung von Schwulen und Lesben in den verschiedenen Ländern. Das Verlangen nach Gleichberechtigung war Schwerpunkt der Reden. Auch Wowereit

warnte vor Rückschritten. Der Grünen-Politiker Volker Beck forderte die völlige Gleichstellung der Homo- mit der Hetero-Ehe. Er verwies ebenso wie der Vorsitzende des Lesben- und Schwulenverbands, Axel Blumenthal, auf das Beispiel Spaniens, wo die Öffnung der Institution Ehe für Homosexuelle unmittelbar bevorstehe.

DEUTSCHE WELLE

9. Juni 2005: The Bavarian pope is no friend of gay marriage

The German Green Party and a major gay rights group have criticized a speech by Pope Benedict XVI in which he said gay marriage was “based on a trivialization of the human body.” The Green Party and Lesbian and Gay Federation have broken the silence in Germany among groups that disagree with the Pope’s stance on social issues. Green parliamentarian Volker Beck said that Pope Benedict XVI’s attitude toward homosexuality was “marked by theological mercilessness and the haughtiness of the Pharisees.” Manfred Burns, spokesperson for the Lesbian and Gay Federation, called Benedict’s remarks on Monday an “insulting sermon of hate.”

Frankfurter Rundschau

7. Juni 2005: Papst Benedikt macht gegen Homo-Ehen mobil

Der Papst macht gegen homosexuelle Ehen und Abtreibung mobil: Bei einem Konvent über die Rolle der Familie hat Benedikt XVI. das Zusammenleben Unverheirateter, gleichgeschlechtliche Beziehungen und Schwangerschaftsunterbrechungen scharf verurteilt. Homosexuelle Eheschließungen sind nach Ansicht von Joseph Ratzinger «Pseudo-Ehen» und Ausdruck einer «anarchischen Freiheit, die sich fälschlicherweise als wahre Befreiung des Menschen darstellen will». Die Grünen und der Lesben- und Schwulenverband in Deutschland wiesen Ratzingers Äußerungen als beleidigend und unbarmherzig zurück... Der Parlamentarische Grünen-Geschäftsführer Volker Beck sprach dem Papst «Respekt vor der homosexuellen Existenz» ab. Seine Homosexualitätslehre sei «von theologischer Unbarmherzigkeit und pharisäerhafter Überheblichkeit gekennzeichnet». Der Papst verstehe weder von Freiheit noch Verantwortung etwas. Manfred Bruns, Sprecher des Lesben- und Schwulenverbands, sagte: «Es ist bestürzend, wie eifernd sich der neue Papst gegen die Bürgerrechte von Lesben und Schwulen wendet.» Ratzinger setze seine «beleidigenden Hasspredigten gegen Homosexuelle» fort.

Baden-Württemberg

CSD unter dem Motto „Familie heute“

Stuttgart. „Familie heute“ – unter diesem Motto fand in Stuttgart vom 22. bis zum 30. Juli die diesjährige CSD-Woche statt. Ein Thema, bei dem sich der LSVD Baden-Württemberg mit seinen mittlerweile vier ILSE-Gruppen (Initiative lesbisch-schwuler Eltern) auf jeden Fall einbringen wollte. Auftakt waren dabei der Vortrag „Eltern werden ist nicht schwer – Wege schwul-lesbischer Familienplanung“ von Dr. Elke Jansen („Regenbogenprojekt“ Köln) und eine Kinderbuchlesung von Sonja Springer am 23. Juli in der Evangelischen Gesellschaft in Stuttgart. Ca. 30 Interessentinnen und Interessenten informierten sich dabei über Pflugschaft, Adoption und Insemination.

Aus dem Vortrag und der regen Diskussion heraus entstand das Interesse, auch in Stuttgart eine ILSE-Gruppe zu gründen. Der LSVD hofft, hier im September ein erstes Gruppentreffen anbieten zu können. Weitere Informationen hierzu bitte der Homepage des Landesverbandes Baden-Württemberg entnehmen.

Ein weiterer Weg der lesbisch-schwulen Familienplanung ist die Aufnahme von Pflegekindern. Lange Zeit schien dies in Baden-Württemberg unmöglich, aber auch hierzulande findet ein Umdenken bei den zuständigen Stellen statt. Bekannt sind bislang zwar nur wenige lesbische oder schwule Pflegefamilien. Diese Familien benötigen aber untereinander einen Austausch zu ihrer Familiensituation. Einen Teil kann dabei das Netzwerk für Pflegeeltern abdecken und einen Teil die ILSE-Gruppen. Aber eben immer nur einen Teil. Der LSVD möchte behilflich sein bei der Vernetzung von lesbischen und schwulen Pflegefamilien. Wer hieran Interesse hat, melde sich bitte beim Landesverband.

Am 30. Juli nahm der LSVD-Landesverband an der CSD-Parade mit einer Fußgruppe und einem PKW teil. Die tatkräftige Unterstützung aus der ILSE und insbesondere der Kinder waren besonders bemerkenswert. Nicht ohne sichtlichen Stolz trugen sie ein Transparent und verteilten unsere „Merkel-Postkarte“. Schön war es dabei, vom Straßenrand Zuspruch zu erhalten und nicht wie vor vier Jahren Angriffe auch auf die Kinder erleben zu müssen.

Harald Immer vom Landesvorstand konnte als erster Vertreter des LSVD Baden-Württemberg auf der Abschlusskundgebung sprechen. Traditionell folgt der CSD-Parade am Sonntag die Hocketse der AIDS-Hilfe Stuttgart. Hier konnten wir mit einem Infostand viele Besucher auf unsere Forderungen aufmerksam machen und für den LSVD werben. Weitere Infos: www.ba-wue.lsvd.de

Kontakt: ba-wue@lsvd.de oder 07946/947 927

LSVD-Vorstand Baden-Württemberg

Bayern

LSVD Bayern gibt Gas

München. Seit seiner Wahl Anfang des Jahres hat der neue Landesvorstand etliche Aktivitäten entfaltet: Einerseits stand die Vernetzung mit den verschiedenen schwul-lesbischen Gruppen im Vordergrund, um so den Charakter des LSVD als Dachverband zu betonen. Zahlreiche Kontakte wurden z.B. auf dem Empfang der Rosa Liste im Münchner Rathaus und beim schwul-lesbischen Empfang der Grünen im Bayerischen Landtag geknüpft. Außerdem ist der LSVD Bayern nun bei einem vierteljährlich tagenden Stammtisch der größeren schwul-lesbischen Gruppen in München vertreten.

Ein Ergebnis der aktiven Arbeit in München ist die Beteiligung des LSVD Bayern an einer Plakataktion der Community an Münchner Schulen, die vom Schulreferat der Stadt München durchgeführt wird. Hier wird Schülern die Website www.wirsindfürdichda.org genannt, auf der sie altersgerechte Informationen und Links zu homosexuellen Themen finden können. In derselben Aktion wird ein Elternbrief verteilt, der Eltern von schwulen und lesbischen Kindern Stellen in München nennt, die Information, Unterstützung und Hilfestellung liefern können. Besonders erfreulich – für uns im konservativen Bayern – ist, dass die Aktion nicht nur an den städtischen Schulen des SPD-regierten München, sondern auch an den vom Freistaat getragenen staatlichen Schulen stattfinden soll.

Auch die CSD-Saison 2005 war ein voller Erfolg: Den Start bildeten Augsburg und Regensburg am 18. Juni, wo der Landesverband mit einem Redebeitrag und in Regensburg zusätzlich mit einem Infostand vertreten war. Beim Münchner Jubiläums-CSD („25 Jahre CSD München“) präsentierte sich der LSVD in schicken neuen LSVD-Poloshirts auf einem eigenen bunt dekorierten Paradewagen und erhielt viel Resonanz für die verteilten neuen Ratzinger-Postkarten. Wir hoffen, dass sich das auch in den Mitgliederzahlen niederschlagen wird. Nach der Parade betrieben die Münchner Landesvorstände Networking an den Infoständen der Kollegen aus der Community.

In Nürnberg war der LSVD durch eine Kooperation mit ILSE Nordbayern präsent. Und beim letzten CSD der Saison in Würzburg am 20. August moderierte Landesvorstand Hellmuth Pusch die offizielle Podiumsdiskussion, wobei ein wichtiges Thema die Bundestagswahl und die Wahlprüfsteine des LSVD waren. Zusätzlich war der LSVD mit einem Infostand vor Ort. Besonders erfreut ist man LSVD Bayern, dass in der Mainfrankenmetropole eine LSVD-Ortsgruppe gegründet werden soll.

Weitere Infos unter: www.bayern.lsvd.de

Max Wagner

Nordrhein-Westfalen

CSD-Marathon an Rhein und Ruhr

In Nordrhein-Westfalen als bevölkerungsreichstem Bundesland gab es dieses Jahr einen regelrechten CSD-Marathon. Der Landesverband NRW war von Mai bis September aktiv, um den LSVD und seine Forderungen zu vertreten. Begonnen hatte die CSD-Saison Mitte Mai in Düsseldorf, wo der LSVD als Fußgruppe an der Parade teilnahm und einen Infostand hatte. Eine Woche vor der Landtagswahl war dies ein sehr politischer CSD. Auch wenn wir auf die durch uns forcierte Umsetzung des Lebenspartnerschaftsgesetzes in Landesrecht stolz sein konnten, so standen doch die bevorstehende Landtagswahl und die Antworten der Parteien auf unsere Wahlprüfsteine im Vordergrund. Da der Düsseldorfer OB Erwin im Vorfeld versucht hatte, den CSD zu torpedieren, war die Kritik daran ein weiterer wichtiger Punkt.

Beim CSD Ostwestfalen-Lippe in Bielefeld wurde mit Infomaterialien für den LSVD und unseren Anliegen Werbung gemacht. Im Freizeitpark Phantasialand in Brühl war im Juni FantasyPride. Hier waren der Ortsverband Köln und der Landesverband NRW gemeinsam präsent.

Der weitaus größte und auch überregional wahrgenommene CSD in Nordrhein-Westfalen findet natürlich in Köln statt. Hier haben wir den LSVD gemeinsam mit dem Bundesverband auf der Parade und am Straßenfest repräsentiert. Es gab im Rahmen des CSDs auch mehrere LSVD-Veranstaltungen, so eine Podiumsdiskussion zum Thema Regenbogenfamilien und eine internationale Podiumsdiskussion zum Thema Menschenrechte für Lesben und Schwule, bei der Vertreter von schwul-lesbischen Organisationen aus Moldawien, dem Libanon und Jamaika mit Repräsentanten der deutschen Menschenrechtspolitik diskutierten.

Bei der Parade waren wir mit Großplakat, einem Cabrio, einer multiethnischen Gruppe mit Teilnehmern aus Griechenland, Polen etc., Jugendlichen von LSVD-fresh sowie dem LSVD-Lesben-Truck, auf dem unsere Frauen mit viel Power erfolgreich sich und Ihre Forderungen zeigten, präsent. Bei der Abschlusskundgebung auf dem Heumarkt bekam LSVD-Bundessprecher Philipp Braun für die Forderung: „Gleiche Rechte für gleiche Pflichten. Nur das ist fair!“ und auch für das internationale Engagement des LSVD gegen Diskriminierung viel Unterstützung.

Auch beim Duisburger CSD war der LSVD NRW mit einem Infostand vertreten. Hier galt das besondere Interesse der Besucher unserem Protest gegen die Entscheidung der neuen schwarz-gelben Landesregierung, ein Lehrer-Handbuch über Homosexualität zu verbieten (vgl. Seite 4).

Wer Interesse hat, beim LSVD NRW mitzuarbeiten, melde sich per Mail: nrw@lsvd.de

Arnulf Sensenbrenner

Geschichte doppelt denken

Tagung über Lesben und Schwule in der DDR

VON EDUARD STAPEL

Auch 15 Jahre nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten DDR und BRD fällt es vielen schwer, die deutsche Geschichte zwischen 1945 und 1990 sozusagen doppelt zu denken. Zwar mussten sich die Ostdeutschen notgedrungen schnell und gründlich auf das westdeutsche System einstellen. Westdeutschen hingegen blieb es weitgehend selbst überlassen, den „Ost-Teil“ der jüngeren deutschen Vergangenheit in ihr Geschichtsbild aufzunehmen. Das gilt auch im Blick auf die Lesben und Schwulen in der DDR, auf ihr Alltagsleben und auf ihre Bemühungen, aus ihren Verstecken herauszukommen und Partei(en), Staat und Gesellschaft ihre Rechte abzutrotzen.

Vorhandene Wissenslücken können bei der Tagung „Lesben und Schwule in der DDR“ geschlossen werden, die der LSVD Sachsen-Anhalt in Kooperation mit dem Caritasverband der Stadt Magdeburg veranstaltet. Sie findet am 22. und 23. Oktober in Magdeburg statt. In sieben Vorträgen, drei Seminaren und einer Podiumsdiskussion soll die Geschichte der Lesben und Schwulen in der DDR in allen ihren Facetten beleuchtet werden. Themen sind u.a. der Alltag von Lesben und Schwulen, die politisch-ideologische Haltung von Parteien und Staatsführung zur Homosexualität, die Entstehung und Entwicklung der Lesben- und Schwulenbewegung in der DDR und die Versuche der Stasi, diese auszuspähen und zu behindern.

Zwar ging die heute größte und sicher auch wichtigste und erfolgreichste Lesben- und Schwulen-Vereinigung in Deutschland, nämlich der LSVD, aus den oppositionellen BürgerInnenrechts-Bewegungen der Lesben und Schwulen in der DDR hervor und hat mit seinem Programm und mit seiner Organisationsform den entsprechenden westdeutschen Verband

überflüssig gemacht. Aber wie es gerade zu dieser Art schwul-lesbischer BürgerInnenrechts-Arbeit kam und warum sie nicht nur in der DDR, sondern nun auch im vereinten Deutschland mit Blick auf immer mehr Gleichberechtigung von Homo- mit Heterosexuellen so nötig und so erfolgreich ist, ist bislang wenig bekannt und wird kaum diskutiert. Auch die vorhandene Literatur hat daran bisher fast nichts geändert.

Die geplante Tagung wird hier sicher einige Abhilfe schaffen können, zumal fast alle Referate von ProtagonistInnen dieser Bewegung(en) gehalten werden: Als Referenten konnten u.a. Prof. Dr. Kurt Starke, Chris Schenk, Dr. Uschi Sillge und Dr. Bert Thinius gewonnen werden. Was haben sie seinerzeit getan – und warum? Wie bewerteten sie ihr damaliges Engagement heute? Wo stehen sie jetzt? Und weil auch in Ostdeutschland inzwischen fast eine ganze Generation nachgewachsen ist, kann die Tagung auch ihr und nicht nur älteren und jüngeren Westdeutschen hinsichtlich der eng verwandten Antihomosexualitäten in Ost und West eine einerseits recht fremde, andererseits aber auch sehr bekannte Welt aufschließen und Wissenslücken füllen.

Allerdings führt der Tagungstitel ein wenig in die Irre: Der Blick richtet sich nämlich nicht auf alle 40 DDR-Jahre, sondern erfasst im Wesentlichen das dritte und vor allem das vierte Jahrzehnt der DDR. Dafür ist die Tagung um so breiter angelegt: thematisch, politisch, personell. Das verspricht nicht nur eine Bestandsaufnahme, sondern auch viel Diskussion und hoffentlich auch neuen Schwung. Aus dem Blick zurück in die DDR könnte so der Blick nach vorn in die Zukunft der Lesben- und Schwulenbewegung in Deutschland-Ost wie Deutschland-West werden.

Weitere Informationen auf der Internetseite des LSVD unter: www.lsvd.de

Der LSVD entstand aus der Bürgerrechtsbewegung in der DDR

„Flammende Herzen“

LSVD Niedersachsen-Bremen zeigt Präsenz

Nachdem sich beim diesjährigen Verbandstag des LSVD-Landesverbandes Niedersachsen-Bremen ein neuer Vorstand gebildet hatte, gestalteten wir, das alte und neue Dreiergespann, zahlreiche Aktionen und Veranstaltungen. Den Auftakt bildete der Infostand „Flammende Herzen“ auf dem CSD Hannover im Mai 2005. Zahlreiche Kontakte zu Gruppen und Verbänden und ein Interview des Pressesprechers bei RadioFlora trugen zu einer größeren Bekanntheit im Lande bei.

Auf dem CSD in Oldenburg präsentierten wir uns mit einem vielfältig ausgestatteten Stand, der auf ein großes Interesse stieß, auch durch die neu präsentierte Chronik des LSVD (kann beim Landesverband angefordert werden). Viele Gespräche mit diskussionsfreudigen Lesben und Schwulen, aber auch mit sonstigen Bürgern der Stadt, machten das Interesse an der aktuellen politischen Situation und den von Rot-Grün noch geplanten Gesetzesänderungen und -ergänzungen, z.B. zum ADG, deutlich.

Eine weitere Aktivität des Landesverbandes bestand in einem Schreiben an

die Fraktionen des niedersächsischen Landtages und den Ministerpräsidenten Christian Wulff, in dem besonders noch einmal auf die „Aktion 1:1“ (www.aktion-1zu1.de) des LSVD verwiesen und entsprechendes Material zur Verfügung gestellt wurde. Bisher sind die Reaktionen hierauf ziemlich mager.

Wichtig ist und bleibt aber nicht nur die Diskussion mit den Politikern, sondern auch die Information und das Gespräch mit den Betroffenen als Multiplikatoren für die Anliegen, auch zum Beispiel der Regenbogenfamilien, die nicht zuletzt eine Vielfalt von Herausforderungen zu bewältigen haben. Aus diesem Grunde veranstaltet der Landesverband am 24. November in Osnabrück einen Vortrag zu diesem Thema mit der Referentin des LSVD-Regenbogenprojekts, Dr. Elke Jansen.

Weiterhin ist eine Podiumsdiskussion in Bremen geplant, voraussichtlich ebenfalls im November, zu den Rechten und Pflichten von Lesben und Schwulen. Neben LSVD-Vertretern sollen dazu Wissenschaftler und Politiker eingeladen werden.

Mike Leibner

„Ich finds cool“

Chat für Kinder aus Regenbogenfamilien

Hallo, ich bin Nick. Und lebe mit meiner Schwester Nellie bei unseren beiden Müttern. Die sind lesbisch und wir eine Regenbogenfamilie. Ich find's cool. Und Du? Ist Dein Vater schwul, Deine Mutter lesbisch? Dann komm zu uns in den Chat.“

So werden Sie begrüßt, wenn Sie – oder noch besser Ihre Kinder – auf die LSVD-Internetseiten für Kinder und Jugendliche aus Regenbogenfamilien stoßen. Mit einer lesbischen Mutter oder einem schwulen Vater in Deutschland aufzuwachsen, ist noch lange nicht selbstverständlich. Kontakt zu Gleichaltrigen zu finden, die diesen familiären Hintergrund teilen, ergibt sich nicht zwangsläufig in Schulen, Sportvereinen oder in der Nachbarschaft.

Oder, wie es Rebecka in einem Interview im fluter, dem Onlinemagazin der Bundeszentrale für politische Bildung, im April 2003 sagte: „Meine Mütter kennen zwar mittlerweile einige Frauen- und Männerpaare mit Kindern, die sind jedoch meist wesentlich jünger als ich. Ein Chatroom oder

Anlaufstellen bei der Jugendhilfe wären super!“

Diesem Bedarf kommt das Projekt „Regenbogenfamilien“ des LSVD seit Anfang Juli nach. Unter www.kids.lsvd.de führen Nick und Nelli Kinder und Eltern durch verschiedene Informationen zum Thema und laden die Kids jeden Mittwoch zwischen 17 und 19 Uhr zum Chatten ein.

Kids, die mitmachen wollen, sind eingeladen, über eine persönliche Registrierung die eigenen Zugangsdaten zu erhalten. In den ersten drei Wochen machten bereits 15 Jugendliche von Neubrandenburg bis Köln und von Hamburg bis Nürnberg davon Gebrauch. Seid herzlich willkommen!

Elke Jansen

Dr. Elke Jansen leitet das Projekt Regenbogenfamilien des Lesben- und Schwulenverbandes. Das Projekt wird ermöglicht durch die Unterstützung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.



Ich find's cool,
Papa ist schwul.
Ich find's schlau,
Mama liebt`ne Frau.

**KIDS AUS
REGENBOGEN-
FAMILIEN
CHATTEN**

www.kids.lsvd.de

**Beratung für
Regenbogenfamilien**

Tel. (0221) 92 59 61-26

family@lsvd.de

LSVD Projekt
"Regenbogenfamilien"
Pipinstraße 7, 50667 Köln

www.lsvd.de

Ein Leben im Zwiespalt

Griechische Lesben und Schwule gründen ERMIS Stuttgart neu

Zwei Jahre war es still um ERMIS Stuttgart. Doch pünktlich zum CSD hat sich die Gruppe zurückgemeldet. Pantelis Botsas, der schon beim ersten Gründungsversuch dabei war, beginnt den Neuaufbau in enger Zusammenarbeit mit dem LSVD Baden-Württemberg und der bereits seit sieben Jahren erfolgreich in Köln aufgestellten ERMIS-Gruppe.

ERMIS Stuttgart soll in erster Linie als Anlaufstelle für (nicht nur) griechische Frauen und Männer jeden Alters dienen. Dabei spielt es keine Rolle, ob diese Menschen schwul, lesbisch oder bisexuell sind. Warum aber brauchen sie eine eigene Gruppe? Die religiösen Riten und moralischen Vorstellungen der griechisch-orthodoxen Kirche sind nicht nur in Griechenland überall präsent. Und die Kirche wird nicht müde, Homosexualität zu verteufeln. Eine freie Entfaltung der eigenen Sexualität ist durch diese moralischen Richtlinien und durch die feste Verbundenheit zur Familie geradezu unmöglich.

Durch die Zusammenarbeit von ERMIS in Deutschland mit dem Lesben- und Schwulenverband „OLKE“ in Griechenland wurde in den letzten Jahren eine schwierige Aufgabe bewältigt. In der griechischen Öffentlichkeit hat ein wichtiger Prozess begonnen, der unabdingbar ist für die Integration in die Europäische Union: Es wird über Homosexualität diskutiert. Ein Tabu ist gebrochen.

Doch diese Diskussion soll nicht nur allein auf Griechenland beschränkt bleiben, denn auch hier leben genügend Frauen und Männer in einem inneren Zwiespalt zwischen dem, was sie fühlen, und dem, was sie leben. Hier in Deutschland ist diese Arbeit besonders schwer, weil die Migranten mit den Regeln groß werden, die im Ursprungsland vor 40 Jahren gegolten haben. Durch die jahrelange Trennung vom Heimatland und die schleppende

Integration in Deutschland kam der gesellschaftliche Fortschritt, der im Heimatland stattgefunden hat, hier nicht an. Und diese Lücke will ERMIS Stuttgart mit seiner Arbeit versuchen zu schließen. Durch die regionale Präsenz soll die Aufklärungsarbeit in dem Bundesland vorangetrieben werden, in dem die meisten Griechen in der Bundesrepublik leben. So wird ERMIS Stuttgart auf jeden Fall am erfolgreichen Konzept der Greek- und Oriental-Gay-Party weiterarbeiten und hoffentlich bald genug Leute zusammen haben, die so ein Fest wieder zu einem Erlebnis machen.

Auch wenn es für viele unmöglich scheint, werden wir diesmal mehr in die Öffentlichkeit gehen und so auf die Problematik von Schwulen und Lesben aus Migrantenfamilien aufmerksam machen. Diesen Schritt scheuen verständlicherweise viele. Aber er ist notwendig, um etwas zu erreichen. Doch soll auch klar sein, dass niemand gegen seinen Willen geoutet wird. Jeder ist so öffentlich oder anonym, wie er es für sich selbst entscheidet. Für die Zukunft der Gruppe wünscht sich Pantelis, dass sich Menschen finden werden, die diese Gruppe auch organisatorisch mittragen, so dass unabhängig von den regelmäßigen Gruppentreffen auch gemeinsame Veranstaltungen geplant werden können.

ERMIS trifft sich ab sofort jeden Mittwoch um 20 Uhr in der Weißenburg. Dieser Termin wird sich sicherlich im Laufe der nächsten Monate verändern. Deshalb werden alle Interessenten gebeten, sich auf der ERMIS-Internetseite www.ermis.de die aktuellen Termine herauszusuchen oder sich direkt mit Pantelis in Verbindung zu setzen. Die Kontaktdaten befinden sich auch am Ende dieses Heftes (Seite 26).

Harald Immer

Geschäftsstellen

LSVD Bundesgeschäftsstelle

Pipinstr. 7, 50667 Köln
Postfach 10 34 14, 50474 Köln
Tel.: 0221-92 59 61 - 0, Fax: - 11
Mail: lsvd@lsvd.de
Internet: www.lsvd.de

LSVD Pressestelle

Postfach 30 21 34, 10752 Berlin
Tel.: 030 – 789 547 - 78, Fax: - 79
Mail: presse@lsvd.de

LSVD Bildungswerk

Postfach 2906, 49019 Osnabrück
Tel.: 0541-409 93 43
Mail: bildungswerk@lsvd.de

LSVD Aachen-Euregio

c/o Erwin Krüger
Südstraße 16, 52064 Aachen
Tel. + Fax: 0241-400 93 08

LSVD Bayern

c/o SUB
Müllerstraße 43, 80469 München
Tel.: 089-21 58 76 - 20, Fax: - 21
Mail: Bayern@lsvd.de
Internet: www.bayern.lsvd.de

LSVD Baden-Württemberg

Postfach 13 10 36, 70068 Stuttgart
Tel.: 07946-94 79 - 27, Fax: - 28
Mail: ba-wue@lsvd.de
Internet: www.ba-wue.lsvd.de

LSVD Berlin-Brandenburg

Willmannsdamm 8, 10827 Berlin
Tel.: 030-44 00 82 - 40, Fax: - 41
Mail: berlin@lsvd.de
Internet: www.berlin.lsvd.de

LSVD Hessen

Postfach 17 03 41
60077 Frankfurt/Main
Tel.: 069-94 54 96 - 16, Fax: - 15
Mail: hessen@lsvd.de
Internet: www.hessen.lsvd.de

LSVD Mecklenburg-Vorpommern

c/o Maik Exner-Lamnek
Postfach 150109, 19031 Schwerin
Tel.: 0385-20 71 543
Fax: 0385-20 01 255
Mail: maik.exner-lamnek@lsvd.de

LSVD Münster

Schaumburgstraße 11, 48145 Münster
Tel.: 0251-606 89 - 25, Fax: - 26
Mail: info@lsvd-muenster.de

LSVD Niedersachsen-Bremen

Postfach 3232, 49019 Osnabrück
Tel.+Fax: 0700-578 366 73
Mail: nds-bremen@lsvd.de
Internet: www.nds-bremen.lsvd.de

LSVD Nordrhein-Westfalen + OV Köln

Pipinstr. 7, 50667 Köln
Tel.: 0221-92 59 61 - 0, Fax: - 11
Mail LV NRW: nrw@lsvd.de
Mail OV Köln: koeln@lsvd.de
Internet: www.nrw.lsvd.de

LSVD Saarland

Mainzer Str. 44, 66111 Saarbrücken
Postfach 10 28 01, 66028 Saarbrücken
Tel.: 0681-39 88 - 33, Fax: - 66
Mail: info@checkpoint-sb.de
Internet: www.checkpoint-sb.de

LSVD Sachsen-Anhalt

Postfach 1906, 39009 Magdeburg
Walter-Rathenau-Str. 31
39106 Magdeburg
Tel. + Fax: 0391-54 32 569
Mail: md-lsvd@gmx.de
Internet: www.sachsen-anhalt.lsvd.de

LSVD Schleswig-Holstein

Ziegelstr. 134, 23556 Lübeck
Tel. + Fax: 0451-798 21 21
Mail: schleswig-holstein@lsvd.de
Internet: www.schleswig-holstein.lsvd.de

Projekte

Projekt Regenbogenfamilien

Familien- und Sozialverein des LSVD
Pipinstraße 7, 50667 Köln
Tel.: 0221-92 59 61 - 16, Fax: - 11
Mail: elke.jansen@lsvd.de
Beratung: family@lsvd.de
Internet: www.family.lsvd.de
Hotline: 0221-92 59 61 26

Projekt Migrationsfamilien

Familien- und Sozialverein des LSVD
Willmannsdamm 10, 10827 Berlin
Tel.: 030 – 789 547 - 72, Fax: - 79
r.rampf@lsvd.de

Projekt MILES

Zentrum für Migranten,
Lesben und Schwule
LSVD Landesverband Berlin-Brandenburg
Willmannsdamm 8, 10827 Berlin
Tel.: 030 - 44 00 82 - 40, Fax: - 41
Mail: berlin@lsvd.de
www.miles.lsvd.de

ILSE-Gruppen

ILSE – Initiative lesbischer und schwuler Eltern in Deutschland

Mail: ilse@lsvd.de
Internet: www.ilse.lsvd.de

ILSE Bergisches Land

Mail: ilse.berg-ruhr@lsvd.de

ILSE Berlin-Brandenburg

Tel.: 030-44 00 82 - 40, Fax: - 41
Mail: ilse-berlin-brandenburg@lsvd.de

ILSE Bielefeld

Karin Wessel
Tel.: 0521 - 47 98 89
Mail: ilse.bielefeld@lsvd.de

ILSE Freiburg

Martina Hocke und Karin Bügel
Tel.: 0761-41253
Mail: ilse.freiburg@lsvd.de

ILSE Hamburg

Susanne Chariner
Tel.: 040-609 54 76
Mail: ilse.hh@lsvd.de

ILSE Karlsruhe

Karoline Jacobs-Howe,
Tel.: 0721-933 89 40
Mail: ilse.karlsruhe@lsvd.de

ILSE Mittelhessen

Elisabeth H.C. Miersch
Postfach 17 03 41,
60077 Frankfurt am Main
Tel.: 069 – 945 496 - 16, Fax: - 15
Mail: ilse.mittelhessen@lsvd.de

ILSE Niedersachsen

Bettina Hennicke-Utgenannt
Tel.: 0511-544 57 15
Mail: ilse.niedersachsen@lsvd.de

ILSE Nordbayern

Mella Zeitner
Tel.: 0911 - 366 90 81
Mail: ilse.nordbayern@lsvd.de

ILSE Saar

Markus Müller, Tel.: 06806 - 44 07 30
Margot Seibüchle, Tel.: 06825-88 271
Mail: ilse.Saar@lsvd.de

ILSE Süd

Postfach 13 10 36, 70068 Stuttgart
Tel.: 07946 - 94 79 - 27, Fax: - 28
Mail: ilse.lesfam@lsvd.de
Internet: www.bw.lsvd.de

ILSE Tübingen

Katrin Voigt, Tel.: 07946 – 94 79 27
Postfach 13 10 36, 70068 Stuttgart
E-Mail: ilse.tuebingen@lsvd.de

ILSE West

Guido Meurers, Tel.: 02472 - 91 21 55
Mail: ilse.west@lsvd.de

Jugend-Gruppen

LSVD fresh Kiel

c/o LSVD Schleswig-Holstein
Ziegelstr. 134, 23556 Lübeck
Tel.: 0431-2109358
Mail: heiko.palloks@lsvd.de

LSVD fresh Köln

Pipinstraße 7, 50667 Köln
Tel.: 0221-2584854
Mail: fresh-koeln@lsvd.de
Internet: www.fresh-koeln.lsvd.de

Come In

Walther-Rathenau-Straße 31
39106 Magdeburg
Tel. + Fax: 0391-543 25 69
Mail: comein.fresh@lsvd.de
Internet: www.comein-fresh.lsvd.de

Hotpänz

Am Frankenbad 5, 53111 Bonn
Mail: info@hotpaenz.de
Internet: www.hotpaenz.de

Mixed Pickles

Halkettstraße 11, 30165 Hannover
Tel: 0511-3355118
Mail: info@mixed-pickles.net

MZGays

c/o Makallo
Trierer Straße 51, 66663 Merzig
Tel. 06861 - 82 03 49
Internet: www.mzgay.de

RainbowStars

Postfach 2102, 79511 Lörrach
Mail: mail@rainbowstars.de
Internet: www.rainbowstars.de

Schblis

Bahnhofstr., Siegburg
Internet: www.schblis.de

Turtles

Eulenstraße 5, 38114 Braunschweig
Tel.: 0531-2335193
Mail: turtles.bs@gmx.net
Internet: www.turtles-bs.de

Rent a Gay?

Über Tunten, Teddys und dominante Schwule

VON CAROLINA BRAUCKMANN



Carolina Brauckmann, Historikerin, Moderatorin und seit 20 Jahren Grande Dame des lesbischen Chansons, ist seit Juni 2005 Mitglied des LSVD. Aus ihrem Faible für das geschriebene und gesungene Wort entstanden zahlreiche Essays und fünf Musikalben. Mitfrau bei den „Amigas, Netzwerk lesbischer Unternehmerinnen“, aktiv bei den „Seglerinnen e.V.“, ausgezeichnet mit dem „Rosa Courage-Preis“ 2003. Regelmäßige Mitarbeit bei verschiedenen landesweiten und regionalen lesbisch-schwulen Projekten.

Ich habe viele lesbische Freundinnen und keinen einzigen schwulen Freund. Das ist ein bisschen doof, aber nachvollziehbar. Eine Lesbe wie ich, deren Wurzeln in der autonomen Frauenbewegung der frühen 80er liegen, hat den Separatismus quasi im Blut. Keine gemeinsame Sache mit den Jungs! Das hat Folgen.

Ich wurde 50 und brachte zu diesem Anlass meine weitläufige lesbische Wahlverwandschaft in Tuchfühlung mit meiner biologischen Sippe, die auch nicht gerade unbescheiden auftritt. Tolles Fest im übrigen! Gerne hätte ich beiläufig den einen oder anderen Schwulen in den Ring geworfen! So ein paar angenehm aussehende, kultivierte Geschöpfe, die gewandt über Bayreuth und Pisa parlieren, ganz und gar untunig, aber auch keine Teddies, sondern irgend etwas zwischen Daniel Brühl und Richard Geere. Auf jeden Fall mit unverdächtiger Modulation, mehreren Haaren auf dem Kopf und nicht so grauenvoll hübsch wie diese Hochglanzexemplare aus der Homo-Werbung. Neffen, Schwager und Brüder hätten den Abend gefahrlos überstanden. Nichten, Schwestern und Schwägerinnen wären äußerst angetan gewesen ob der Buntheit meines Gefolges. Und doch nicht zu bunt, nicht wahr? Eher die westfälische Variante. Meine lesbischen Freundinnen hätte ich vorher

gebrieft, dass sie auch mal ein Wort wechseln mit den homosexuellen Freunden und nicht schnurstracks mit allen Weibern in die Küche abzwitschern.

Für meine nächste Party muss ich mir was einfallen lassen. „Rent a gay“ kommt nicht in Frage, eher schon die Initiative zur Gründung einer lesbisch-schwulen Freundschaft. Meine langjährige Verlobte jault auf, ob ich von allen guten Geistern verlassen sei? „Willst du dir die Welt von einem Schwulen erklären lassen!“ Sie zitiert umgehend aus dem Selbstverständnispapier des Lesbenrings, Jahrgang 1994: „Die lesbische Lebensweise ist eine Alternative für Frauen, autonom und frei von männlicher Dominanz zu leben.“ Von Dominanz war nicht die Rede, aber es ist mir natürlich klar, dass der Schwule an sich und als Mann dominant ist. Er reißt in jedem Bindestück-Projekt die Macht an sich, und er redet hämisch über die Klamotten der lesbischen Schwestern.

Mein Lieblingsschwuler würde das nie tun! Der würde immer in meine Konzerte kommen und mich interessiert zu allen Gender-Themen befragen. „Du weißt nicht, was du redest“, höre ich meine Verlobte sagen. Sie hat vermutlich recht, aber man darf ja wohl noch träumen. Und bis die nächste fette Geburtstagsparty steigt, das kann dauern!

Fortsetzung Adressen

Jugend-Gruppen

Youngs

Schaumburgstraße 11, 48155 Münster
Tel.: 0251-60 689 - 25, Fax: - 26
Mail: contact@youngs.de
Internet: www.youngs.de

2of1

c/o Jugendrotkreuz Leverkusen
Mail: team@2of1.de
Internet: www.2of1.de

Gay & Gray

GAY & GRAY Stuttgart

c/o Karl-Heinz Frei
Tel.: 0176-510 80 345
GayGray@web.de

Migranten-Gruppen

TürkGay & Lesbian LSVD

Bundeskoordinator: Bali Saygili
Mail: b.saygili@lsvd.de
Internet: www.tuerkgay.com

TürkGay & Lesbian BaWü

c/o LSVD Baden-Württemberg
Postfach 13 10 36, 70068 Stuttgart
Mail: tuerkgay-bawue@lsvd.de

TürkGay & Lesbian Berlin

c/o LSVD Berlin-Brandenburg
Willmannsdamm 8, 10827 Berlin
Tel.: 030 - 789 54 773
Mail: tuerkgay-berlin@lsvd.de

TürkGay & Lesbian NRW

c/o LSVD NRW, Pipinstr. 7, 50667 Köln
Tel.: 0221-925 961 - 0
Mail: post@tuerkgay.com

ERMIS

Die griechische lesbisch-schwule
Gemeinschaft im LSVD
Internet: www.ermis.de

ERMIS Berlin

c/o LSVD Berlin-Brandenburg
Willmannsdamm 8, 10827 Berlin
Tel.: 030-44 00 82 40
oder: 030-4990 7084 (Haralambos)
Mail: ermis-berlin@lsvd.de

ERMIS Frankfurt

Takis: 06151-31 70 09, 0171-28 67 549
Eleni: 06151-50 10 40, 0177-45 17 873
Mail: greekgay.frankfurt@ermis.de
Mail: greeklesbian.frankfurt@ermis.de

ERMIS Leipzig

Tel.: 03727-96 98 60
Mail: greekgay.leipzig@ermis.de
Mail: greeklesbian.leipzig@ermis.de

ERMIS München

c/o Sub, Müllerstr. 43, 80469 München
Tel.: 0172-18 63 576
Mail: greekgay.muenchen@ermis.de
Mail: greeklesbian.muenchen@ermis.de

ERMIS NRW

c/o LSVD NRW, Pipinstr. 7, 50667 Köln
Tel.: 0221-925 961 - 0
Mail: greekgay.koeln@ermis.de (Nikos)
greeklesbian.koeln@ermis.de (Eleni)

ERMIS Stuttgart

c/o LSVD Baden-Württemberg
Postfach 13 10 36, 70068 Stuttgart
Panteli Botsas, Tel.: 0172-87 99 709
Mail: greekgay.stuttgart@ermis.de
Mail: greeklesbian.stuttgart@ermis.de

ERMIS Athen

c/o Kyriakos, Tel.: 0030 210881004
Mail: athens@ermis.de



DEINE WAHL

Podiumsdiskussion KÖLN

zur Bundestagswahl 2005

Eingeladen sind:

Lale Akgün, SPD
Ursula Heinen, CDU
Volker Beck,
Bündnis 90/Die Grünen
Michael Kauch, FDP
Vertreter/in,
Linkspartei NRW

Freitag,
2. September 2005
20 Uhr

Ev. Gemeinde Antoniterkirche
Großer Saal
Antoniterstr. 14-16, 50667 Köln

GaySecure

sicher schwul leben

- Alle Privaten Krankenversicherer zu Top-Konditionen – ab € 80,00 pro Monat – mit Beitragsbefreiungsoption als Rentner.
- Rürup-Rente, Riester-Rente, Alterseinkünftegesetz – Wir verschaffen Euch den Durchblick!
- Britische Versicherer – Riskante Anlage oder echte Renditealternative – Wir beraten Euch!
- Befreiung von der Sozialversicherungspflicht – Wie geht das? Wir zeigen es Euch!

GaySecure –
Das Versicherungskonzept vom LSVD und der ComVers GmbH –
geprüft und gut!

Infos erhaltet Ihr bei:
ComVers GmbH - Tel.: 040-2987210
oder eMail: CBrandt@ComVers.de



DEINE WAHL

Podiumsdiskussion BERLIN

zur Bundestagswahl 2005

Eingeladen sind:

Wolfgang Thierse, SPD
Monika Grütters, CDU
Wolfgang Wieland,
Bündnis 90/Die Grünen
Markus Löning, FDP
Petra Pau,
Linkspartei.PDS

Donnerstag,
8. September 2005
19 Uhr

Rathaus Schöneberg
Raum 195
John-F.-Kennedy-Platz

OHNE VOLLSTÄNDIGE GLEICHBERECHTIGUNG
FEHLT EIN STÜCK ZUM GLÜCK.

WIR KÄMPFEN FÜR GLEICHES RECHT!



TRITT EIN IN

LSVD-DEIN TICKET ZUR GLEICHBERECHTIGUNG!

DEN LSVD!

MITMACHEN

LOHNT SICH!



www.lsvd.de

lsvd@lsvd.de · LSVD · POSTFACH 103414 · 50474 KÖLN

Wollen Sie unsere Arbeit dauerhaft unterstützen?
Dann werden Sie Mitglied im LSVD!

Aufnahmeantrag

- Ja, ich möchte alles über den LSVD wissen.
 Ja, ich trete in den LSVD ein.

Programm und Satzung erkenne ich an.

Ich zahle einen monatlichen Beitrag* von

- 8 € 15 € 30 € ____ €

*Monatlicher Regelbeitrag 8 €, für Nichtverdiener/innen 2,50 €

Einzugsermächtigung

Mein Mitgliedsbeitrag soll viertel-/halb-/jährlich von meinem Girokonto abgebucht werden.

Diese Einzugsermächtigung kann jederzeit widerrufen werden.

Konto-Nr.: _____ BLZ: _____

bei Geldinstitut: _____

Kontoinhaber/in: _____

Name: _____

Anschrift: _____

Geburtsdatum: _____

Tel.: _____ Fax: _____

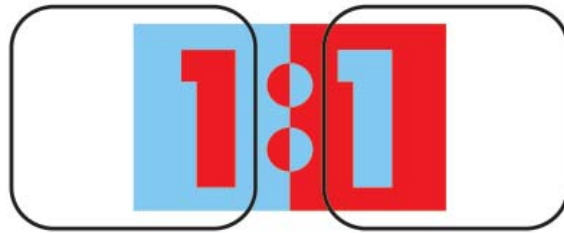
E-Mail: _____

Ort, Datum, Unterschrift: _____

Ausfüllen und ab die Post an:

LSVD e. V., Postfach 103414, 50474 Köln, Fax (0221) 925961-11

AKTION-EINSZUEINS.DE



• act for equality •

WIR POCHEN AUF GLEICHE RECHTE
FÜR LEBENSPARTNERSCHAFTEN!

GLEICHE PFLICHTEN,
GLEICHE RECHTE.
NUR DAS IST FAIR!



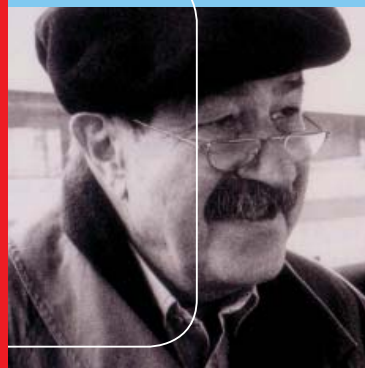
HELLA VON SINNEN

Es geht um Akzeptanz,
nicht Toleranz!



INGA HUMPE

Die Ehe
ist eine staatliche
und wirtschaftliche
Institution – da darf
man niemanden
benachteiligen!



GÜNTER GRASS

Gleiche Pflichten,
gleiche Rechte.
Nur das ist fair!

Spendenkonto der Aktion 1:1
Konto 1414
Bank für Sozialwirtschaft
BLZ 370 205 00



Lesben- und Schwulenverband

Postfach 103414 • 50474 Köln
lsvd@lsvd.de

www.aktion-1zu1.de

www.lsvd.de